

Themenbereich Energie und Klima

zusammengestellt vom BUND und Netzwerk TERRA Energiewende

Halten Sie das **Ziel 100 % Strom aus erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg bis 2050** für machbar?

Falls ja, mit welchen Maßnahmen wollen Sie dies fördern? Falls nein, warum nicht?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Der Umbau unserer Energieversorgung im Zuge der Energiewende muss immer die Umweltverträglichkeit, die Energieversorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit im Blick behalten. Ein ausbalanciertes Miteinander konventioneller und erneuerbare Energieträger ist für die CDU daher der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung in Baden-Württemberg. Hierbei müssen neben dem Klimaschutz gerade auch die berechtigten Anliegen unserer Wirtschaft im Blick behalten. Für uns stehen neben den Klimaschutzzielen auch die Strompreisentwicklung und die Versorgungssicherheit im Mittelpunkt. Strom muss bezahlbar bleiben – besonders im Industrieland Baden-Württemberg. Grün-Rot hingegen hat sich immer nur einseitig zu Gunsten eines Ausbaus der erneuerbaren Energien positioniert und so mit dafür gesorgt, dass in Deutschland nun die zweithöchsten Strompreise in ganz Europa bezahlt werden müssen.</p>	<p>Grundsätzlich und aus technischer Sicht halte ich das Ziel, 100% Strom aus erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg zu gewinnen, für machbar. Hier stellt sich aber auch die Frage der politischen Durchsetzbarkeit. Im Klimaschutzkonzept der Landesregierung und im Grünen Wahlprogramm ist daher als feste Zielgröße verankert, dass bis 2050 80% der Energie aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden soll. Dies ist aus meiner Sicht eine ambitionierte, aber auch realistisch erreichbare Zielsetzung. 100% müssen aber das langfristige Ziel bleiben.</p> <p>Der Ausbau der Windenergie leistet bei der Umstellung auf Erneuerbare Energien einen wichtigen Beitrag. Hierfür hat die Landesregierung in den letzten Jahren erfolgreich die Weichen gestellt.</p> <p>Weitere Maßnahmen sind z.B. Ökostrombeschaffung für Landesgebäude, Photovoltaik auf Landesgebäuden, Energetische Nutzung von Bio- und Grünabfall, Entwicklung von Energiespeichertechnologien u.v.a.m.</p> <p>Die Maßnahmen, die notwendig sind, um das festgesetzte Ziel zu erreichen, sind im Integrierten Klimaschutzkonzept der Landesregierung festgelegt, siehe unter: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mum/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Klima/20140715_IEKK.pdf</p>	<p>Die grün-rote Landesregierung hat sich in ihrem Integrierten Energie- und Klimaschutzgesetz (IEKK) zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 den CO2-Ausstoß um 90% zu senken. Geschehen soll dies dadurch, dass bis dahin 80% der benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen stammt und sich der Energieverbrauch halbiert. Im Strombereich könnte es fast gelingen, dass die Energiezeugung zu nahezu 100% erneuerbar ist. In den Bereichen Wärme und Mobilität dürfte dies aber schwieriger sein.</p>	<p>Wenn wir uns darauf besinnen, dass Baden-Württemberg für diesen Strom nicht der Produzent sein muss, so halte ich es für machbar. Die Stärken BWs liegen in der Technologie z.B. für die Stromspeicherung, -verringern oder dem Stromtransport. Wenn wir diese Forschungen und Technologien ausbauen und fördern, ist das Ziel erreichbar. Wenn wir daran festhalten, dass wir der eigene Hauptproduzent sein müssen, ist es meines Erachtens nicht erreichbar.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Der Strom aus erneuerbaren Energien wird in Zukunft zunehmend dezentral erzeugt werden. Trotzdem werden **neue Hochspannungsgleichstromübertragungsleitungen (HGÜ)** geplant. Baden-Württemberg ist von zwei HGÜ-Leitungsvorhaben betroffen: SuedLink (Endpunkt Großgartach) und Ultranet (Endpunkt Philippsburg).

Sind Sie für den Bau dieser Leitungen und wenn ja, warum?

Unterstützen Sie deshalb auch den Bau eines dazu nötigen Konverters am geplanten Standort in Philippsburg?

Falls nein, warum nicht?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Der Bau dieser beiden Stromtrassen ist meiner Ansicht nach aus Gründen der Versorgungssicherheit und in Ermangelung von ausreichenden Speicherkapazitäten dringend notwendig. Der verstärkte regionale Ausbau der Erneuerbaren Energien kann den Netzausbaubedarf senken, wird ihn aber nicht grundsätzlich ersetzen. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien gewinnt daher auch die überregionale Vernetzung immer mehr an Bedeutung. Dies hängt auch damit zusammen, dass die erneuerbaren Energieträger nach derzeitigem Stand nicht grundlastfähig sind. Eine verengte Sicht auf eine rein regionale Energieversorgung hätte neben massiven Landschaftseingriffen auch mögliche Stromversorgungsengpässe zur Folge.</p>	<p>Ich bin nicht auf die HGÜ-Technologie fixiert, sehe mich aber aktuell nicht in der Lage, die oben gestellten Fragen mit einem schlichten „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten.</p> <p>Grundsätzlich kann der Einsatz von HGÜ-Leitungen eine wichtige Säule der Nord-Süd-Verbindungen im Übertragungsnetz sein und damit den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen. Andererseits bin ich dafür, dass auch die Potenziale zur Reduktion des erforderlichen Netzausbaus (z.B. durch intelligentes Management von zentraler und dezentraler Stromerzeugern, Stromspeicher, Demand-Side-Management u.a.) gezielt erschlossen werden.</p> <p>Gerne werde ich mich tiefer in die Materie einarbeiten, wenn ich zur Landtagsabgeordneten gewählt und mit derartigen Fragestellungen intensiver befasst bin.</p>	<p>Zum Ersatz der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg, die Ende 2021 endgültig stillgelegt werden, ist der Bau von UltraNet und SuedLink zwingend erforderlich. Dafür ist u.a. auch ein Konverter am Endpunkt der UltraNet-Trasse zwingend erforderlich. Der von TransnetBW präferierte Standort auf der Rheinschanzinsel scheint auch grundsätzlich geeignet. Noch geeigneter als Standort wäre sicherlich das Kraftwerksgelände des AKW Philippsburg. Da der Rückbau der beiden dortigen Atommeiler noch nicht vollzogen ist, würde dies jedoch zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen führen.</p>	<p>Wie oben erwähnt glaube ich an das Forschungs- und Innovationsland Baden-Württemberg. Hier gilt es zu prüfen, welche Innovationen ggf. den Bau der Leitungen vereinfachen bzw. für Mensch und Umwelt verträglicher machen.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Die gegenwärtige Landesregierung strebt eine Reduzierung der klimaschädlichen Treibhausgase bis 2020 um 25 % an. Ein Schritt hierzu wäre die **Stilllegung des alten Kohleblocks 7** im Rheinhafen Karlsruhe und dafür die Nutzung des sich dort befindlichen Gaskraftwerkes RDK 4S.

Stimmen Sie dieser Forderung an die EnBW zu und hat ihre Partei einen konkreten Ausstiegsfahrplan aus der Kohle?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Die Entscheidung über Kraftwerksstilllegung liegt bei den jeweiligen Betreibern, nicht bei der Politik. Neben der Wirtschaftlichkeit spielen auch Versorgungssicherheit und Systemrelevanz eine besondere Rolle. In Folge des Atomausstiegs werden in Baden-Württemberg bis 2022 weitere Stromerzeugungskapazitäten abgebaut. Diese gilt es durch den Netzausbau, den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie konventioneller Kraftwerke auszugleichen.</p>	<p>Ich stimme der Forderung zu, den Kohleblock 7 im Rheinhafen stillzulegen. Die Nutzung als Kaltreserve wäre für eine Übergangszeit akzeptabel. Als Karlsruher Grüne setzen wir uns seit Langem dafür ein, dass für die Altanlagen im Rheinhafen ein Gesamtkonzept entwickelt wird, mit dem Ziel, klima- und gesundheitsschädliche Emissionen zu minimieren.</p>	<p>Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist auch ein Ausstieg aus der Kohle zwingend erforderlich. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Die grün-rote Landesregierung hält die vorgeschlagene Stilllegung von RDK 7 daher derzeit nicht für möglich.</p> <p>Richtig ist allerdings die Einschätzung, dass wir zeitnah flexible Gaskraftwerke, aber auch Speicher und Lastmanagement brauchen, um die fluktuierenden erneuerbaren Energien Wind und Sonne ausgleichen zu können. Das bereits genehmigte Kraftwerk RDK 4S ist dafür eine Möglichkeit. Das von der Mineralö Raffinerie Oberrhein (MiRO) und dem Stadtwerkeverbund Trianel geplante „GuD-Kraftwerk Oberrhein“ wäre hierfür jedoch eine noch bessere Lösung, da in diesem auch die Abwärme genutzt werden könnte.</p> <p>Allerdings wurden bei der Reform des Strommarktdesigns die Wiechen bislang leider nicht so gestellt, dass für derartige Investitionen die notwendigen Anreize entstehen. Dafür notwendig wären vor allem ein deutlich höherer CO2-Preis und Korrekturen bei der Eigenstromregelung.</p>	<p>Ja, generell auf jeden Fall. Wir müssen beim Gas beachten, dass es sich hier auch um einen fossilen Brennstoff handelt. Diese fossilen Brennstoffe müssen generell reduziert werden – daher ist auch die Nutzung des Gaskraftwerkes nur vorübergehend möglich.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Es wird bis 2050 ein 50 % geringerer Verbrauch an Energie als im Jahr 2010 angestrebt.

Welche – auch vom Land – geförderten Energiesparmaßnahmen und Effizienzmöglichkeiten sehen Sie in den nächsten Jahren, um dieses Ziel zu erreichen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Wir wollen die Technologieführerschaft bei der Implementierung von Smart-Grid und Smart-Metering bei Verteilnetzen in Deutschland und Europa erreichen. Gerade wir in Baden- Württemberg mit der EnBW, starken Stadtwerken, weltweit beachteten Software- und IT-Firmen sowie exzellentem Ingenieurs-Know-how sind prädestiniert für solche Projekte. Dabei muss es möglich sein, rechtliche Restriktionen zeitlich auszublenken, um neue Wege zu gehen. Ein besonderer Schwerpunkt wird es sein, wie sich Strom, Wärme und Elektromobilität besser lokal und regional vernetzen lassen, um ein energieeffizientes Gesamtsystem zu schaffen.</p>	<p>Das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept des Landes listet die zur Erreichung der Klimaschutzziele notwendigen Maßnahmen auf, siehe unter:</p> <p>https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Klima/20140715_IEKK.pdf</p> <p>Beispiele sind der Ausbau der Energieberatung, die Förderung der Gebäudesanierung mit Landesmitteln, die energetische Sanierung landeseigener Gebäude, die Förderung sogenannter Konvoisanierungen u.v.a.m.</p>	<p>Das mit Abstand größte Einsparpotential liegt in dem Bereich der Wärmeenergie, die derzeit rund 50% zum CO2-Ausstoß beiträgt. Sowohl im gewerblichen und industriellen Bereich als auch bei der Sanierung des Wohngebäudebestands sind daher enorme Anstrengungen notwendig.</p> <p>Das Land Baden-Württemberg unterstützt daher zum Beispiel über Förderprogramme der L-Bank Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden, indem es die vorhandenen Angebote der KfW weiter verbilligt. Analog werden auch Energieeffizienzmaßnahmen im Mittelstand gefördert. Aber auch mit dem Programm Klimaschutz Plus wird die energetische Sanierung von Nichtwohngebäuden von Kommunen, aber auch kleinen und mittleren Unternehmen, finanziell gefördert.</p>	<p>Stromvermeidung ist die beste Variante, Strom zu sparen. Hier gilt es Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin besser aufzuklären. Zusätzlich müssen Programme zur Stromverbrauchsreduktion im öffentlichen Sektor fortgeführt werden.</p> <p>Des Weiteren müssen Innovationen genutzt werden, die die Stromverbrauchsverringering fördern.</p>

Seit dem 1. Juli 2015 gilt das **Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG)**.

Welche **Förderung für Mieter/ Eigentümer** können Sie sich für Baden-Württemberg zur Umsetzung dieses Gesetzes vorstellen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Die Novellierung des E-Wärme-Gesetzes enthält aus Sicht der CDU zu viele bürokratische Hürden und ist insgesamt nicht geglückt. Wir plädieren für eine Aussetzung dieses Gesetzes. Die Fortentwicklung soll an einem runden Tisch mit den betroffenen Verbänden ideologiefrei besprochen werden.</p>	<p>Die energetische Sanierung von Gebäuden trägt entscheidend zu Energieeffizienz und Klimaschutz bei. Gleichzeitig wird der Wert der Gebäude nachhaltig gesteigert und Nebenkosten für die Mieter*innen sinken. Um die Klimaschutzziele erreichen zu können, muss die jährliche Sanierungsquote von heute etwa 1 % mindestens auf 2 % erhöht werden. Den Rahmen dafür setzt vor allem der Bund (u.a. Förderprogramme der KfW). Maßnahmen des Landes müssen aber hinzukommen. Gebäude-Eigentümer*innen erhalten deshalb Informations- und Beratungsangebote sowie eine Landesförderung für Sanierungsmaßnahmen. Außerdem müssen quartiersbezogene Ansätze verstärkt unterstützt werden. Dem dient zum einen der „Wettbewerb klimaneutrale Kommune“, in dessen Rahmen entsprechende Maßnahmen der Städte und Gemeinden gefördert werden. Auch Karlsruhe profitiert hiervon in verschiedenen Stadtteilen. Zum anderen dient die Städtebauförderung in Stadt und Land dem Abbau von städtebaulichen Missständen und der ökologischen Erneuerung im Altbaubestand. Maßnahmen der energetischen Sanierung sind hierbei ein wichtiger Schwerpunkt und werden ebenfalls gefördert.</p>	<p>Bei dem EWärmeG handelt es sich um zur Zeit der schwarz-gelben Koalition eingeführte ordnungsrechtliche Regelungen zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie. Diese war mit keinerlei finanzieller Förderung verbunden. Unabhängig davon hat die grün-rote Landesregierung aber im Zuge der Novellierung des EWärmeG auch die Erstellung eines sog. „Sanierungsfahrplans“ als (Teil-)Erfüllungsoption eingeführt, dessen Erstellung mit bis zu 500 Euro vom Land Baden-Württemberg gefördert wird.</p>	<p>Das Gesetz in der jetzigen Form ist nicht haltbar – es hemmt Investitionen oder treibt Nebenkosten in die Höhe. Um das umweltrelevante Denken in den Bereich der energetischen Sanierung zu implementieren müssen wir den Investoren ggf. steuerliche Vorteile gewähren (um auch die Kostenweitergabe an Mieter zu vermeiden) und/odergünstige Kredite z.B. via KfW gewähren.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Überall im Lande haben Landkreise und Kommunen **Energieagenturen** gegründet, deren Existenz von der Förderung durch diese abhängen. Sehen Sie die Möglichkeit, durch Landeszuschüsse diese Agenturen zu unterstützen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Ein klares Ja zur Energiewende muss die Interessen von Umweltschutz, Endverbraucher und Wirtschaft berücksichtigen. Sicher, sauber und erschwinglich sind dabei zentrale Eigenschaften. Die Kommunen und Landkreise spielen eine große Rolle beim Gelingen der Energiewende. Umso bedauerlicher ist es, dass die Landesregierung die Förderung der Kreis-Energieagenturen eingestellt hat. Wir sprechen uns dafür aus, die Energie-Agenturen wieder finanziell zu fördern. Wir nehmen die Kommunen als entscheidende Partner bei der Energiewende ernst.</p>	<p>Ja, ich halte es für sinnvoll, die Energieagenturen durch Landeszuschüsse zu unterstützen und auch deren Vernetzung zu fördern. Mit der Einrichtung der Kompetenzzentren für Energieeffizienz wurden hierfür bereits die Voraussetzungen geschaffen.</p>	<p>Die Förderung der kommunalen Energieagenturen war von vornherein auf eine reine Anschubfinanzierung ausgelegt. Unabhängig davon wurden in den vergangenen Jahren die Möglichkeit der Energieagenturen sich zu refinanzieren deutlich verbessert. Dies geschah zum einen dadurch, dass aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) regionale Klimaschutzkonzepte gefördert werden, für deren Umsetzung die Energieagenturen prädestiniert sind. Zudem möchten wir, dass die vom Bund (über die Verbraucherzentralen) geförderte anbieterunabhängige Energieberatung in Baden-Württemberg zusammen mit den regionalen Energieagenturen erfolgt.</p>	<p>Es wäre möglich, den Bereich des Marketings für diese Agenturen zu übernehmen. Allerdings sollten auch diese Agenturen sich am Markt behaupten können. Damit aber keine Gelder und Arbeitsleistungen aus den Agenturen in Marketing oder Öffentlichkeitsarbeit fließen, sondern pur in die Beratung, so wäre es möglich, hier den Agenturen Hilfestellung zu leisten.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Zum Abriss der Atomkraftwerke Philippsburg 1 und Neckarwestheim 1 werden **neue Zwischenlager für mittelaktiven Müll über viele Jahrzehnte** benötigt. Ihre Mauerstärke soll 0,80 m betragen. Ebenfalls in der Planung ist im KIT –Nord ein gleiches Lager mit einer Wandstärke von 1,80m. Beide Lager werden vom Umweltministerium Ba-Wü. genehmigt.

Halten Sie diesen Unterschied aus Gründen der sicheren Verwahrung von Atommüll für gerechtfertigt und setzen Sie sich mit uns für die sichere Lösung mit der mehr als doppelter Betonschutzhülle ein?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
Antwort mit nächster Frage zusammen	Mit dieser Frage bin ich bisher nicht im Detail befasst. Grundsätzlich bin ich für eine möglichst sichere Lagerung von radioaktivem Müll. Wenn es sich tatsächlich um gleichartige Lager handelt, erschließt sich mir der Unterschied in der Wandstärke nicht. Dies werde ich gerne im Detail recherchieren, wenn ich zur Landtagsabgeordneten gewählt wurde.	Für die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle müssen alle Sicherheitsvorschriften eingehalten werden, unabhängig wo und für welche Abfälle ein solches Lager entsteht. Andernfalls ist diesem Zwischenlager die Genehmigung durch das Umweltministerium des Landes als zuständige Aufsichtsbehörde zu versagen.	Der Unterschied ist nicht nachvollziehbar und, ja, mit Ihrer Unterstützung setzte ich mich sehr gerne für eine sichere Lösung ein!

Das **Zwischenlager für hochaktiven Atommüll in Philippsburg** hat eine Betonwandstärke von 0,70 m.

Halten Sie eine sofortige 'Härtung' des Lagers durch eine zusätzliche Ummantelung aus Gründen der sicheren Verwahrung dieses hochgefährlichen Atommülls für gerechtfertigt?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
Die Anforderungen für eine sichere Unterbringung der Abfälle müssen in jedem Fall gewährleistet werden. Wie dies im Einzelfall ausgestaltet werden wird, muss durch die zuständige Genehmigungsbehörde (Landesumweltministerium) eingehend geprüft werden.	Mit dieser Frage bin ich bisher nicht im Detail befasst. Grundsätzlich bin ich für eine möglichst sichere Lagerung von radioaktivem Müll. Die Frage der Notwendigkeit einer zusätzlichen Ummantelung werde ich gerne im Detail recherchieren, wenn ich zur Landtagsabgeordneten gewählt wurde.	Wenn das heutige Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle nicht den notwendigen Sicherheitsanforderungen entspricht, müsste das Umweltministerium als Aufsichtsbehörde umgehend einschreiten. Allerdings ist dieses Thema bei den Sitzungen der Informationskommission zum Kernkraftwerk Philippsburg, in der ich selbst Mitglied bin, nach meiner Erinnerung nie thematisiert worden. Falls die Umweltverbände hier Probleme sehen sollten, möchte ich Sie bitten, diese Problematik (die dann vermutlich auch die Zwischenlager an allen anderen AKW-Standorten betreffen dürfte) in der nächsten Kommissionssitzung zu thematisieren.	Ja

Die Karlsruher Aktiven von: ADFC - attac - BUND - BUZO - Carlo – Hardtwaldfreunde - Müll + Umwelt - Nabu - Naturfreunde - Netzwerk eine Welt - Netzwerk TERRA Energiewende - Oberrheinische Waldfreunde - VCD

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Auf dem **Weltklimagipfel in Paris** wurden viele Maßnahmen zum Klima angedacht bzw. verabschiedet.

Wie stellen Sie (und Ihre Partei) sich die in Paris beschlossene Hilfe für die ärmsten Länder bei der Bewältigung der durch Klimawandel verursachten Schäden vor?

Welchen Vorschlag haben Sie (und Ihre Partei) wie die regelmäßige Überprüfung der Ziele des Pariser Abkommens angegangen wird?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen. Es bedarf hier zwingend einer international abgestimmten Vorgehensweise, insbesondere auch um die ärmsten Länder dieser Erde zu unterstützen. Die wesentlichen klimapolitischen und energiepolitischen Rahmenbedingungen werden in Europa immer stärker auf europäischer und nationaler Ebene festgelegt. Baden-Württemberg kann aber vor allem durch eigene Förderprogramme, durch Kooperationen mit Kommunen, Bürgern, Verbänden und der Wirtschaft, durch Beratungs- und Informationsangebote, durch Bildungsprojekte und durch eine gezielte Forschungsförderung seinen Beitrag leisten. Wir stehen deswegen zum Klimaschutzgesetz des Landes.</p>	<p>Die ärmsten Länder brauchen finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der Klimafolgenanpassung. Dies muss über zusätzliches Geld für den sogenannten Anpassungsfonds geschehen. Auch müssen dringend Unterstützungsmaßnahmen ergriffen werden, um die Rodung des Regenwaldes zu verhindern. Diese schadet dem Klima und nimmt der betroffenen Bevölkerung zudem ihre Lebensgrundlage. Auch müssen besonders bedrohte Staaten im Fall klimabedingter Schäden besonders unterstützt werden, u.a. durch den Aufbau von Frühwarnsystemen und durch eine Klimarisikoversicherung.</p> <p>Gleichzeitig müssen wir aber auch bei uns konsequent Maßnahmen zum Schutz des Klimas umsetzen, um unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Der Ausstieg aus der Kohle und die konsequente Umstellung auf erneuerbare Energien sind hierzu wichtige Schritte.</p> <p>Die Umsetzung der im Pariser Abkommen abgegebenen Versprechen</p>	<p>Die Industrieländer haben den „ärmeren Länder“ beim Weltklimagipfel zugesagt, vom Jahr 2020 an jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Bewältigung des Klimawandels zur Verfügung zu stellen. Allerdings muss noch zügig geklärt, wie diese rund 88 Milliarden Euro auf die einzelnen Industrieländer verteilt werden. In Paris war dies leider noch nicht möglich. Es ist jedoch zu hoffen, dass dies nach den dieses Jahr anstehenden Kongress- und Präsidentschaftswahlen in den USA möglich sein wird.</p> <p>Im Vertrag von Paris wurde geregelt, dass die selbst gesteckten Ziele der einzelnen Länder ab dem Jahr 2023 alle fünf Jahre überprüft und verschärft werden. Wichtig ist, dass bei den Zielen und der Berichterstattung möglichst viele „willige“ Länder mit gutem Beispiel vorangehen.</p>	<p>Die FDP begrüßt ausdrücklich, dass sich die Weltklimakonferenz in Paris auf das erste Klimaschutzabkommen geeinigt hat, das alle Länder in die Pflicht nimmt, unseren Blauen Planeten zu retten. Die FDP hat sich mit dem Freiburger Programm schon 1971 als erste deutsche Partei zu nachhaltigem Wirtschaften und dem Verursacherprinzip im Umweltschutz bekannt und diese Linie mit den Karlsruher Freiheitsthesen der FDP im April 2012 mit ihrem Konzept des „Blauen Wachstums“ – das auf Nachhaltigkeit und Innovation setzt – konsequent fortgeschrieben. Das Pariser Abkommen enthält das feste Versprechen, die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die Staatengemeinschaft soll den ärmsten und verwundbarsten Ländern auch dabei helfen, Schäden und Verluste durch den Klimawandel zu bewältigen und es überwindet die veraltete Zweiteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Anstelle der alten Zweiteilung soll eine faire Differenzierung dafür sorgen, dass jeder so viel beiträgt, wie er kann. Damit wird das jahrzehntelange klimapolitische Mikadospiele beendet – wer sich zuerst bewegt hat verloren – und macht einem Wettbewerb der Willigen Platz. Die FDP sieht in ihrem Konzept des Blauen Wachstums, das auf Eigenverantwortung, unternehmerische</p>

Die Karlsruher Aktiven von: ADFC - attac - BUND - BUZO - Carlo – Hardtwaldfreunde - Müll + Umwelt - Nabu - Naturfreunde - Netzwerk eine Welt - Netzwerk TERRA Energiewende - Oberrheinische Waldfreunde - VCD

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

	<p>der Staaten muss in der Tat regelmäßig überprüft werden. Dies muss zum einen über quantifizierbare Verpflichtungen der Industriestaaten zur Reduktion der Klimagase geschehen. Auch ist ein einheitliches Berichtssystem zur Überprüfung dieser Verpflichtungen aufzubauen. Auch müssen die Industrieländer sich auf finanzielle Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern verpflichten, die unter den schädlichen Klimafolgen besonders leiden.</p>		<p>Initiative, Nachhaltigkeit und Innovationen setzt, die Alternative zu einer Verzichts- und Verbots-ideologie mit staatlicher Gängelung. Die großen Herausforderungen der Menschheit, wie die wirksame Bekämpfung des Klimawandels – aber auch von Wasserknappheit, Armut und Hunger - sind durch technischen Fortschritt und Innovation sowie vernünftige international abgestimmte Politik möglich. Zusätzlich wird sich die FDP dafür engagieren, dass die vom Pariser Abkommen geforderten Maßnahmen im Bereich von Ökologie und Klimaschutz in unserem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft mit ordnungspolitischer Sensibilität implementiert werden.</p>
--	--	--	---

Das Thema **Verkehrsinfrastruktur** spielt im Wahlkampf 2016 eine wichtige Rolle. Dabei geht es um zukünftige finanzielle Förderungsschwerpunkte und die damit verbundene **Schwerpunktsetzung bei der Entwicklung der Verkehrsträgerarten**.

A Radverkehr

Baden-Württemberg hat sich 2009 das Ziel gesetzt, Fahrradland zu werden.

Teilen Sie das Ziel, den landesweiten Anteil des Radverkehrs bis 2020 auf 16 % zu erhöhen? Wie schätzen Sie die dazu bislang begonnenen Maßnahmen und den Stand der Umsetzung ein?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Das Rad ist ein wichtiges Verkehrsmittel für kürzere Wege im Alltag und in der Freizeit. Auch als Tourismusland ist Baden-Württemberg für Radfahrer attraktiv. Pedelecs und E-Bikes eröffnen ganz neue Nutzungsmöglichkeiten. Die Förderung des Radverkehrs geht auf Initiativen der CDU-geführten Landesregierung zurück. Das gilt besonders für den bereits im Jahr 2006 eingerichteten „Runden Tisch Radverkehr Baden-Württemberg“. Die CDU unterstützt eine angemessene Förderung des Radverkehrs. Hierzu gehört eine attraktive Radverkehrsinfrastruktur, die sich am Bedarf der Menschen im Land orientiert.</p>	<p>Ja, ich teile das Ziel. Die Förderung des Radverkehrs ist mir ein sehr wichtiges Anliegen. Im Grünen Wahlprogramm ist verankert, dass der Radverkehr bis 2020 auf 16 % verdoppelt und mittelfristig auf 20% gesteigert werden soll. Hierfür müssen aber auch die Kommunen einen aktiven Beitrag leisten, wie dies Karlsruhe ja bereits tut. Die Radverkehrsstrategie des Landes fördert den Radverkehr im Alltag bereits heute erfolgreich, jedoch bleibt auch noch sehr viel zu tun. Die Infrastrukturmittel für den Radverkehr wurden bereits verdoppelt. Wir wollen sie in den nächsten Jahren weiter erhöhen, ein großräumiges Radverkehrsnetz zwischen den Ober- und Mittelzentren realisieren und den Radtourismus weiter fördern. Radschnellwege, ausreichende Fahrradabstellmöglichkeiten, die kostenlose Mitnahme im ÖPNV außerhalb der Hauptverkehrszeiten sind weitere Maßnahmen, die auf Landesebene umgesetzt bzw. vom Land gefördert werden sollen.</p>	<p>Der Anteil des Radverkehrs muss weiter erhöht werden. Allerdings sind die geographischen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg sehr unterschiedlich. So ist das Ziel für Karlsruhe, das schon im Jahr 2012 einen Radverkehrsanteil von 25% hatte, sicherlich deutlich zu niedrig gegriffen. Für manche Orte im Schwarzwald dürften aber selbst die 16% nur schwer zu erreichen sein.</p> <p>Inzwischen sind erfreulicherweise viele Kommunen auf einem guten Weg. Sehr hilfreich dafür war mit Sicherheit auch, dass die grün-rote Koalition die bis zu 50%-ige Förderung von kommunalen Radwegen in das Landesgemeindefinanzierungsgesetz (LGFVG) aufgenommen hat. Ein Beispiel dafür in Karlsruhe ist die Förderung des Radwegs vom Zündhüte nach Hohenwettersbach.</p>	<p>Den energieneutralen Verkehr zu erhöhen, ist grundsätzlich begrüßenswert. Es ist ein Versäumnis, dass neben der Forderung auf ÖPNV oder Fahrrad umzusteigen, diese Bereitschaften nie monetär gefördert wurden. Eine „Aufwrackprämie“ für Fahrräder könnte ggf. eine Initiative sein.</p>

Ein wichtiger Baustein ist das beschlossene **Alltags- und das touristische Radnetz**.

Werden Sie dessen Umsetzung weiter verfolgen und die z.T. in kommunaler Trägerschaft befindlichen Baumaßnahmen mit den dazu notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
siehe vorige Frage	Ja, ich werde mich dafür einsetzen, dass Alltags- und touristische Radnetze weiter ausgebaut werden und dass hierfür auch eine Förderung an die Kommunen erfolgt, wenn sie Träger der betreffenden Baumaßnahmen sind.	Inzwischen sind beim Ausbau des Radverkehrs erfreulicherweise viele Kommunen auf einem guten Weg. Sehr hilfreich dafür war mit Sicherheit auch, dass die grün-rote Koalition die bis zu 50%-ige Förderung von kommunalen Radweg in das Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz (LGFVG) aufgenommen hat. Ein Beispiel dafür in Karlsruhe ist die Förderung des Radwegs vom Zündhüttele nach Hohenwetersbach. Diese Förderung muss selbstverständlich konsequent fortentwickelt werden.	Finanzmittel können nur mit scharfem Blick auf den Haushalt verteilt werden. Wenn im Falle eines Regierungswechsels meine Partei beteiligt ist, so werden wir dies prüfen und wenn die Mittel frei sind, diese auch entsprechend einsetzen.

B Autoverkehr

Die **zusätzliche Autobrücke zwischen Wörth und Karlsruhe** ist umstritten, wie der Straßenneubau bundesweit. Seit 2011 läuft das Planfeststellungsverfahren und geht gerade in eine weitere Runde mit der Anschlussplanung zur B36, dem **ersten Schritt zur Nordtangente West**. Auch der Bundesverkehrswegeplan verzögert sich weiter und in den Medien wird angesichts der vorhandenen Finanzmittel und des Sanierungsbedarf bei bestehenden Brücken und Straßen von der „Traumliste des Verkehrsministers“ gesprochen.

Wie schätzen Sie den weiteren **Verlauf des Genehmigungsverfahrens** ein und welche Realisierungschance sehen Sie für ein Großprojekt mit dem Umfang von mehr als 120 Millionen Euro und den in der Öffentlichkeit genannten zusätzlichen 70 Millionen für den Anschluss an die B36?

Die Karlsruher Aktiven von: ADFC - attac - BUND - BUZO - Carlo – Hardtwaldfreunde - Müll + Umwelt - Nabu - Naturfreunde - Netzwerk eine Welt - Netzwerk TERRA Energiewende - Oberrheinische Waldfreunde - VCD

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Der Bau der zweiten Rheinbrücke ist für die Technologie-Region Karlsruhe sowohl aus wirtschaftlicher, als auch aus verkehrlicher Sicht von herausragender Bedeutung. In den vergangenen fünf Jahren wurden zahlreiche Veranstaltungen und Untersuchungen durchgeführt, die allesamt die Notwendigkeit der zweiten Rheinbrücke bestätigt haben. Feststeht, alle notwendigen Untersuchungen (gilt auch für Natur- und Artenschutz, Kompensationsflächen), die zum Abschluss des Planfeststellungsverfahrens erforderlich sind, liegen vor.</p>	<p>Ich halte eine zusätzliche Straßenbrücke über den Rhein für nicht notwendig und bin seit vielen Jahren kommunalpolitisch aktiv, um diese Brücke zu verhindern. Eine zusätzliche Straßenbrücke über den Rhein würde zusätzliche Belastungen für die Karlsruher Bevölkerung und auch für Flora, Fauna und deren Lebensräume mit sich bringen, die mögliche Entlastungseffekte keinesfalls aufwiegen würden.</p> <p>Wenn die Brücke gebaut würde, entstünde tatsächlich der Druck auf eine Realisierung der Nordtangente West, zunächst über den Schritt einer Anbindung an die B36, was weitere massive Beeinträchtigungen zur Folge hätte. Auch sehe ich in diesen Straßenneubaumaßnahmen eine nicht zu verantwortende Verschwendung von Steuergeldern. Eine Einschätzung der Realisierungschancen halte ich aktuell für sehr schwierig, da sie stark von den jeweiligen politischen Mehrheiten abhängt.</p>	<p>Bei dem Genehmigungsverfahren selbst ist nun entscheidend, ob das Regierungspräsidium Karlsruhe die Auffassung des Landes Rheinland-Pfalz teilt, dass die vom Karlsruher Gemeinderat präferierte sog. „Ersatzbrücke“ tatsächlich nicht machbar ist.</p> <p>Von besonders großer Bedeutung bei der anstehenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegplans ist aber vor allem, ob die Nordtangente tatsächlich (wie vorgesehen) aus dem BVWP herausgenommen wird. Dies wäre für viele Karlsruherinnen und Karlsruher eine große Erleichterung, da es ihnen viel zusätzlichen Lärm erspart und der Hardtwald als bedeutendstes Karlsruher Naherholungsgebiet erhalten bliebe.</p> <p>Zudem böte ein solches endgültiges Nordtangenten-Aus auch die Möglichkeit, sachlich über die Frage einer Ortsumgehung um Knielingen zu diskutieren., da diese dann keinen Einstieg in die Nordtangente mehr darstellen kann. Allerdings wären Beträge von 70 Millionen Euro für eine solche Straße sicherlich deutlich zu hoch. Da dort (im Unterschied zur Südumfahrung Hagsfeld) keine Bahnstrecke zu überwinden ist, dürften diese Kosten für eine einfache Ortsumfahrung aber auch nicht erforderlich sein.</p>	<p>Ihre Einleitung soll auf eine Illusion verweisen. Allerdings reden wir hier von einem ewig verschobenen Projekt, dessen Notwendigkeit besteht, auch wenn es gerne politisch anders gesehen wird. Die zweite Rheinquerung ist nötig – die Beachtung von Umweltstandards bleibt davon unberührt. Wir fordern eine zweite Querung mit Anbindung an die B36 OHNE einen Durchstich durch den Hardtwald.</p>

C ÖPNV

Schon heute verbinden zwei Rheinbrücken **Karlsruhe und Wörth**. Die **Eisenbahnbrücke** ist dabei keineswegs ausgelastet. Ausweislich der Zahlen des **Faktenchecks 2011** sind selbst die 22 Bahnen, die jetzt schon im morgendlichen Berufsverkehr von Wörth nach Karlsruhe fahren, nur zu 70 % der Sitzplätze, also noch nicht einmal 50 % der Gesamtkapazität ausgelastet.

Welche konkreten Maßnahmen schweben Ihnen vor, um die **Bereitschaft zum Umstieg auf die Bahn** zu erhöhen? Welche konkreten Maßnahmen zur **Verbesserung des Bahnangebots über den Rhein** würden Sie – auch unter Berücksichtigung der beim Faktencheck aufgezeigten Maßnahmen – in Zusammenarbeit mit dem Land Rheinland-Pfalz umsetzen wollen?

<p>Bettina Meier-Augenstein - CDU</p> <p>Genauso wie in Deutschland die Freizügigkeit (freie Wohnortwahl) gilt, dürfen die Menschen in unserem Land auch frei entscheiden, wie sich von A nach B fortbewegen möchten. Für eine Ausweitung der grenzüberschreitenden ÖPNV-Angebote ist insbesondere die Finanzierungsfrage im Blick zu behalten. Der Nahverkehr ist über langfristige Verkehrsverträge gebunden (aktuelle Vertrag mit DB Regio läuft noch bis 2023). Beim Faktencheck wurde aufgezeigt, dass eine stärkere Nutzung des ÖPNV unrealistisch ist bzw. den Bau der zweiten Rheinbrücke dennoch erforderlich machen würde.</p> <p>Fazit des Faktenchecks zu diesem Thema:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die bestehende Infrastruktur ist an ihrer Leistungsobergrenze angekommen. • Die bestehenden Verträge mit DB Regio laufen noch bis Dezember 2023. In der Zeit sind keine Änderungen (beispielsweise bei den Zügen) möglich. • Einer Ausweitung des ÖPNV/SPNV-Angebotes stehen technische Kapazitätsgrenzen im Wege (zu kurze Bahnsteige, Fassungsvermögen von Bahnhöfen, das Karlsruher Netz ist nicht mehr aufnahmefähig). • Für eine Verbesserung der Schieneninfrastruktur ist vorrangig der Bund zuständig, nicht das Land. <p>Die Ergebnisse des Faktenchecks zu diesem Thema können über die Homepage des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur bzw. YouTube (https://www.youtube.com/watch?v=6OoM76ZNITE) abgerufen werden.</p>	<p>Bettina Lisbach - Grüne</p> <p>Zunächst müssen Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit des ÖPNV in diesem Bereich verbessert werden, auch um sichere Anschlussverbindungen zu gewährleisten. Dann sollte die Bahnlinie von Neustadt/Landau zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert und die Park&Ride-Plätze ausgebaut werden. Damit wären zusätzliche und längere Züge möglich. Aber das ist vor allem eine Entscheidung des Landes Rheinland-Pfalz.</p>	<p>Johannes Stober - SPD</p> <p>Ich bin für einen massiven weiteren Ausbau des Karlsruher ÖPNV. Ich hatte für den neuen BVWP daher unter anderem vorgeschlagen, die Strecke von Wörth nach Winden zweigleisig auszubauen und die Pfalzbahn zu elektrifizieren, um einen Stadtbahnbetrieb nach Landau zu ermöglichen. Zudem begrüße ich auch den Vorschlag der Umweltverbände, die Rhein-Neckar-S-Bahn von Germersheim (über Wörth) nach Karlsruhe zu verlängern, um das ÖPNV-Angebot in der Südpfalz zu verbessern.</p>	<p>Hendrik Dörr - FDP</p> <p>Der ÖPNV über den Rhein muss genauso wie der innerstädtische ÖPNV gefördert werden. Preisreduzierungen oder Marketinganreize (wie übertragbare Monatskarten oder 2:1-Varianten o.ä.) sind geboten. Zusätzlich müssen haptische Verbesserungen in der Taktung oder der Betriebslänge umgesetzt werden.</p>
--	---	--	---

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Unterstützen Sie die Forderungen nach **besseren Finanzierungen** der Infrastruktur und des Betriebs **des öffentlichen Verkehrs** mit dem Ziel, den Modal Split zugunsten des öffentlichen Verkehrs deutlich und kontinuierlich zu verändern? Welche Maßnahmen befürworten Sie, um mehr Verkehr vom Automobil auf Busse und Bahnen zu verlagern?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Straßenbahnen, Stadtbahnen und Bussen und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) mit Regionalzügen und S-Bahnen ist wesentliches Element einer umweltfreundlichen und Ressourcen schonenden Mobilität. Damit Busse und Bahnen für die Nutzer eine attraktive Alternative zum Auto sind, erwarten die Menschen Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, gut vertaktete Verbindungen und moderne Fahrzeuge.</p> <p>Die CDU setzt sich dafür ein, den öffentlichen Verkehr mit Bussen und Bahnen zu stärken und weiter auszubauen sowie die Weiterentwicklung von Verbund- und Landkreis übergreifenden Lösungen zu unterstützen, um Mobilitätsangebote aus einer Hand zu fördern. Das langfristige Ziel eines einheitlichen landesweiten Verkehrsverbundes wird weiter verfolgt. Darüber hinaus sind auch Kooperationen mit anderen Ländern oder mit anderen Staaten insbesondere für Schüler und Studenten aus den Grenzgebieten erstrebenswert. Ein landesweites Angebot zu günstigen Konditionen für Schüler, Studenten und Auszubildende soll vorangetrieben werden. Darüber hinaus werden flexible Formen des ÖPNV wie beispielsweise Bürgerbusse und Sammel- und Ruf-taxis unterstützt und sollen entsprechend den Gegebenheiten vor Ort ausgebaut werden. Des Weiteren planen wir bei einer Neu-regelung der Förderung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen im Blick zu behalten, um verkehrlich sinnvolle ÖPNV-Projekte realisieren zu können. Wir werden auch ein Modell entwerfen, das auf die Eigenverantwortung der Unternehmer setzt und so beste Angebote für die Fahrgäste und kostengünstige Lösungen für das Land erreicht.</p>	<p>Mein generelles Ziel ist, den Modal Split zu Gunsten von ÖV und Radverkehr kontinuierlich zu verändern. Die Förderung von Infrastruktur-Maßnahmen wurde bereits umgestellt von 60 % für Autoverkehr / 40 % für ÖV auf 60 % für ÖV&Radverkehr / 40 % Autoverkehr. Das muss stabilisiert werden.</p> <p>Unser Ziel ist, die Fahrgastzahlen im ÖV im Land bis 2030 zu verdoppeln. Im Rahmen der Mobilitätsgarantie für Baden-Württemberg sollen alle Orte an Wochentagen von 5 Uhr bis 24 Uhr mindestens stündlich angebunden sein. Das dazu nötige Geld kann aus der Neuausschreibung von Bahn-Nahverkehr kommen. Die Vergabe der Stuttgarter Netze hat gerade gezeigt, dass zu den halben Kosten eine wesentlich bessere Leistung möglich war, z.B. incl. WLAN. Zur Qualitätssicherung im Schienen-Personennahverkehr soll ein Qualitäts-ranking etabliert werden. Auch soll der Einsatz barrierefreier und emissionsarmer Busse weiter unterstützt und vorangetrieben werden.</p> <p>Wir wollen außerdem einen Landestarif für B.-W. umsetzen, der es ermöglicht, sich über Verbundgrenzen hinweg mit einer Fahrkarte im ganzen Land zu bewegen.</p>	<p>Mit dem LGVFG hat die grün-rote Koalition in Baden-Württemberg die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Wichtig ist allerdings, dass die vorhandenen Möglichkeiten auch mit den notwendigen Finanzmitteln unterlegt werden, um z.B. die Verlängerung der Stadtbahn nach Knie-lingen Nord oder den weiteren zwei-gleisigen Ausbau der Strecke nach Heilbronn zu finanzieren, um dort mittelfristig einen 15-Minuten-Takt zu realisieren.</p>	<p>Natürlich muss gerade in den Städten der ÖPNV besser ausgestattet werden. Eine Gleichbehandlung zwischen Leistungen im Individualverkehr und dem ÖPNV sollte angestrebt werden. Derzeit fehlen Anreize zur Nutzung des ÖPNV.</p>

Die Karlsruher Aktiven von: ADFC - attac - BUND - BUZO - Carlo – Hardtwaldfreunde - Müll + Umwelt - Nabu - Naturfreunde - Netzwerk eine Welt - Netzwerk TERRA Energiewende - Oberrheinische Waldfreunde - VCD

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Wirtschaft und Gewerbe fürchten um ihren Nachwuchs, können Ausbildungsplätze nicht mehr besetzen und würden gerne vermehrt Auszubildende und **Arbeitskräfte** aus dem nahen **Nordelsass** gewinnen. Zwischen der Höhe Karlsruhe und der Höhe Straßburg gibt es keine einzige Möglichkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln den Rhein in Richtung Elsass, bzw. Baden zu überqueren.

Welche konkreten Maßnahmen befürworten Sie, um **durchgehende Verbindungen im ÖPNV** zwischen **dem Nordelsass und der badischen Grenzregion** zu schaffen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Eine Schaffung von entsprechenden Angeboten ist durchaus positiv zu sehen. Anders als beim Fernverkehr, bei dem die Anbieter ihre Kosten eigenständig decken müssen, wird der Nahverkehr aus Mitteln der öffentlichen Haushalte (Regionalisierungsmittel) finanziert. Am Beispiel des Rhein überquerenden Bahnverkehrs zwischen Karlsruhe und Wörth wird deutlich, dass neue Verbindungen nicht ohne weiteres zu realisieren sind (langfristige Verkehrsverträge). Eine bessere Abstimmung der Fahrpläne zwischen DB und der SNCF könnten ein erster richtiger Schritt sein, um nahtlose Umstiegsmöglichkeiten zu ermöglichen.</p>	<p>Das grenzüberschreitende ÖPNV-Angebot für BerufspendlerInnen und Auszubildende, aber auch für Wochenendausflüge, muss dringend verbessert werden. Ich unterstütze deshalb die im neu aufgelegten Weißbuch Transpamina enthaltenen Forderungen: Buslinie von Baden-Baden nach Roeschwoog, Reaktivierung der Bahnlinie Rastatt – Roeschwoog – Haguenau, Taktverkehr auf der Bahnlinie Strasbourg – Roeschwoog – Lauterbourg – Wörth, Verbesserungen auf der Bahnlinie Strasbourg – Haguenau – Wissembourg – Landau und einen grenzüberschreitenden Tarif. Das sollte wieder angegangen werden, wenn die Veränderungen durch neue politische Grenzen innerhalb Frankreichs abgeschlossen sind.</p>	<p>Ein Vorschlag der grün-roten Landesregierung war die Einrichtung einer Regiobuslinie von Rastatt nach Haguenau in Frankreich. Ein Gesamtkonzept muss aber sicherlich in der Pamina-Region entwickelt werden. Unabhängig davon ist für mich die Schaffung eines Stadtbahnbetriebs von Wörth in Richtung Straßburg ein unverzichtbarer Kern eines solchen Verkehrskonzepts.</p>	<p>Noch mehr Rheinbrücken ;) Hier müssen Wege gefunden werden, die Strecke zu verbinden. Gleise der Bahn genutzt werden (ggf. auch Bahnverbindungen ausgebaut werden).</p>

D Fußverkehr

Das Land Baden-Württemberg hat in jüngster Zeit Kampagnen gestartet, den **Fußverkehr** mehr in den **Fokus der Verkehrspolitik** zu rücken.

Werden Sie diese Kampagnen in der kommenden Legislaturperiode unterstützen bzw. weiterführen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
Die CDU unterstützt eine angemessene Förderung des Fußverkehrs, der sich am Bedarf der Menschen im Land orientiert.	Ja, ich halte dies Kampagnen für sehr wichtig und werde ihre Weiterführung selbstverständlich unterstützen. Während bisher Fußverkehrs-Checks gefördert wurden, wird es im nächsten Schritt um die Maßnahmen der Umsetzung gehen.	Die Förderungen (wie z.B. der Fußgänger-Check) haben zum Ziel, die Kommunen in die Lage zu versetzen, selbstständig den Fußverkehr verbessern zu können. Es wird daher in der nächsten Legislaturperiode zu überlegen sein, wie man weitere Kommunen auf diesem Gebiet qualifiziert. Das Programm kann aber sicherlich nicht auf Dauer angelegt sein.	Wenn der Fußverkehr nicht als neuer Berufspendler definiert wird, so unterstützen wird diese Initiative gerne. Ernsthaft, der Fußverkehr wurde in Deutschland lange vernachlässigt. Wir haben hier den Blick auch teilweise für die Lebensrealität unserer Mitmenschen verloren. Eine Förderung ist angestrebt. Allerdings muss der Fokus auf der Beweglichkeit unserer Güter bleiben.

Themenbereich: Naturverträgliche Landwirtschaft –Erhalt der Biodiversität – gesunde Lebensmittel

zusammengestellt vom Nabu

Der Schutz einer möglichst **intakten und attraktiven Natur** und einer **gesunden Umwelt** sowie einer Landwirtschaft, die **gesunde Lebensmittel** liefert gehört zu den wichtigsten **gesellschaftlichen Zielen in Deutschland** und in Baden-Württemberg. Auch unsere Region beherbergt eine wunderschöne und schützenswerte Natur, für die wir uns seit vielen Jahren einsetzen.

A Nachhaltigkeit

Die in der vergangenen Legislaturperiode neu aufgestellte **Nachhaltigkeitsstrategie** muss **Leitbild und zentrale Aufgabe** aller Arbeitsfelder und -ebenen werden!

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das **Land** sich zum **Vorbild für umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln** entwickelt?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Politik für eine lebenswerte und gesunde Umwelt ist uns Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung, heute wie für künftige Generationen. Dies ist eine zentrale Aufgabe der Politik, der sich die Union seit ihrer Gründung unter dem Stichwort „Bewahrung der Schöpfung“ verschrieben hat. Wir setzen uns für eine ehrgeizige und verantwortungsvolle und nachhaltige (Umwelt-)Politik ein – vom Klimaschutz und der Wasserwirtschaft bis hin zur Luftreinhaltung und dem Schutz vor übermäßiger Lärmbelastung. Aufgrund der Knappheit von Ressourcen ist der Ressourcenschutz ein Kernbestandteil politischen Handelns.</p>	<p>Ja, umweltbewusstes, nachhaltiges Handeln ist mir sehr wichtig. Hier sollte auch das Land eine Vorreiterrolle einnehmen.</p> <p>Als Geoökologin und Kommunalpolitikerin trete ich zusammen mit dem BUND sowie mit verschiedenen lokalen Initiativen und Aktionsbündnissen konsequent dafür ein, das Thema Nachhaltigkeit auf den verschiedenen politischen Ebenen zu verankern.</p> <p>So setzte ich mich für eine nachhaltige, umweltfreundliche Mobilität, für Klimaschutzmaßnahmen, Energieeffizienz und die Energiewende, für mehr Natur- und Landschaftsschutzgebiete und für Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität ein. Damit Nachhaltigkeit auch bei den Menschen ankommt, ist es wichtig, umweltpädagogische Angebote zu erhalten, zu fördern und mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten.</p>	<p>Mit einer Vielzahl von Gesetzen, Fördermaßnahmen und finanziellen Aufwendungen befinden wir uns mit der grün-roten Regierung auf dem Kurs zu einem in Sachen Nachhaltigkeit vorbildlichen Bundesland. Als beispielhafte Belege seien nur genannt: Das Klimaschutzgesetz mit dem Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept, der Ausbau der Wind- und Solarenergie, die massive Förderung der Energiespeicher- und Batterietechnologie, von 30 auf 60 Mio. € erhöhte jährliche Haushaltsmittel für den Naturschutz, ein Nationalpark im Schwarzwald, die deutlich erhöhte Förderung von ÖPNV, Bahnverkehr und Radwegen. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten.</p>	<p>Ja.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Die **Naturschutzfinanzen** wurden in den vergangenen Jahren zwar von 30 auf 60 Mio. Euro pro Jahr erhöht, für die umfangreichen prioritären Maßnahmen im Naturschutz reichen diese Mittel jedoch leider noch nicht aus.

Sind Sie für eine personelle und finanzielle Stärkung der Naturschutzverwaltung, damit das Land seine in der Naturschutzstrategie gesetzten Ziele erreichen kann? Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie das Ziel einer nachhaltigen Politik fördern?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Die Naturschutzverwaltung braucht eine ihrer Aufgaben angemessene Personalausstattung, gerade auch um die bestehenden Schutzgebiete zu erhalten und fortentwickeln zu können. Neben dem Erreichen der Schutzziele und dem Management der Schutzgebiete steht dabei auch die enge Kooperation mit den unterschiedlichen Fachverwaltungen in den Bereichen der Landschaftsplanung, Bau, Infrastruktur und Verkehr aber auch mit den relevanten Feldern der Energiewirtschaft, der Wirtschaft, und insbesondere der Forst- und Landwirtschaft sowie der Tourismuswirtschaft im Fokus.</p>	<p>Grundsätzlich bin ich für eine personelle und finanzielle Stärkung der Naturschutzverwaltung und will mich auch auf Landesebene dafür einsetzen. Konkrete Zusagen zum Umfang zusätzlicher finanzieller Mittel und Personalstellen kann ich aktuell jedoch noch nicht machen, da dies von der Prioritätensetzung innerhalb des Gesamtetats des Landes abhängt. Auf jeden Fall werde ich mich für eine weitere Stärkung des Naturschutzes auf Landesebene einsetzen.</p>	<p>Wir haben in der ablaufenden Wahlperiode die Mittel für den Naturschutz von 30 auf 60 Mio. Euro verdoppelt, insbesondere, um die personelle Verstärkung zu ermöglichen, die erforderlich ist, um die Bearbeitung der Natura-2000 und FFH-Gebiete zu leisten, aber auch für den Nationalpark und das Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Wir halten eine weitere Verstärkung von Personal und Sachmitteln für erforderlich und wollen diese umsetzen.</p> <p>Wir halten die Umsetzung des Naturschutzgesetzes im Bereich der Ausgleichsmaßnahmen für mangelhaft. Ausgleichs werden oft nicht ordnungsgemäß geschaffen oder auch danach wieder vernachlässigt und zunichte gemacht. Wir wollen deshalb das Monitoring und die Kontrollen in diesem Bereich spürbar verstärken, was allein schon eine merkliche Verstärkung der Naturschutzbehörden erfordert. Aber auch die konsequente Umsetzung der Naturschutzstrategie mit Biotopverbund, Moorschutzzkonzeption und den stark ausgeweiteten Vertragsnaturschutzmaßnahmen erfordert mehr Personal und mehr Sachmittel in der Naturschutzverwaltung.</p>	<p>Die Naturschutzverwaltung ist eine wichtige Säule für die Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik. Diese Verwaltung soll weiterhin ihre Arbeit mit Rückhalt der Regierung leisten können. Die Politik sollte hier ihre Aufgaben in der Beständigkeit der Arbeit sehen und den Ausbau den steigenden Aufgaben folgen lassen.</p>

Die Karlsruher Aktiven von: ADFC - attac - BUND - BUZO - Carlo – Hardtwaldfreunde - Müll + Umwelt - Nabu - Naturfreunde - Netzwerk eine Welt - Netzwerk TERRA Energiewende - Oberrheinische Waldfreunde - VCD

B Erhalt der Biologischen Vielfalt

Die Landesregierung hat sich verpflichtet, den **Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen**. Instrumente hierzu sind z.B. die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes, die Einrichtung des Nationalparks Schwarzwald, die Naturschutzstrategie und das Grünlandumbruchverbot.

Werden Sie sich für ein **Landesprogramm zur Förderung der kommunalen Biodiversität** und dessen Ausstattung mit ausreichenden Finanzmitteln einsetzen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Der Erhalt der Artenvielfalt muss in jedem Fall gewährleistet werden. Als CDU setzen wir uns dafür ein, dass ein durch den Menschen bedingtes Aussterben von Tier- und Pflanzenarten verhindert wird. Um dies zu erreichen, müssen die menschlichen Einflüsse auf die Tier- und Artenwelt grundlegend untersucht werden. Die „ökologischen Flutungen“ als Ausgleichsmaßnahmen bei den Rheinpoldern müssen soweit möglich durch ökologische Schluten ergänzt oder ersetzt werden, die natur- und artenverträglicher sind und garantieren, dass die Biodiversität auch im Hochwasserschutz erhalten bleibt, sofern alte Schluten vorhanden und die Maßnahmen noch nicht umgesetzt sind.</p>	<p>Ich setze mich insgesamt für eine bessere finanzielle Ausstattung des Naturschutzes ein (s.o.). In Sachen kommunale Biodiversität sehe ich aber auch die Kommunen in der Verantwortung.</p>	<p>Biodiversität in Städten und Kommunen ist ein wichtiger Bestandteil der Naturschutzziele, der lange vernachlässigt wurde. Durch geeignete Begrünungen, auch von Dächern und Fassaden, sowie eine ökologisch sinnvolle Pflege der Grün- und Brachflächen im Innenbereich von Städten und Gemeinden kann viel erreicht werden, auch wertvolle Biotope können inmitten von Städten und Gemeinden existieren und müssen dementsprechend geschützt werden. Unsere neue Landesbauordnung trägt dem mit einigen neuen Regelungen Rechnung. Wir werden jedoch prüfen, inwieweit neue Förderprogramme und andere Maßnahmen diesen Trend verstärken können.</p>	<p>Wie bekannt ist, hatten wir Probleme mit der Einrichtung des Nationalparks. Allerdings sind uns die Ziele des Erhalts der Biodiversität wichtiges Gebot beim Erhalt des Naherholungsgebietes Baden-Württembergs. Die Verträglichkeit von Mensch und Natur ist dabei oberstes Gebot. Der Naturschutz ist ebenso ein Tourismusmagnet und muss als solcher auch weiterhin gefördert werden.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Setzen Sie sich dafür ein, dass ein Aktionsplan Grüne Infrastruktur aufgelegt und umgesetzt wird? Der Lebensraumverbund gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Naturschutzes.

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
Siehe Antwort vorige Frage	Ja, auch hierfür setze ich mich ein. Mir ist wichtig, dass das Landeskonzept Wiedervernetzung umgesetzt und der Biotopverbund verwirklicht wird. Hierzu ist auch ein sparsamer Umgang mit der Fläche und eine entsprechende Siedlungs- und Agrarpolitik notwendig.	Wir haben mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz die Biotopverbundplanung auf bessere Füße gestellt und wir werden den landesweiten Biotopverbund in den kommenden Jahren schrittweise voranbringen. Biotopverbundstrukturen sollen künftig bei allen kommunalen Planungen und im Straßenbau berücksichtigt werden. Auch unsere Agrarförderprogramme (FAKT, Landschaftspflegeleitlinie, AFP) wurden ökologisiert und flankieren damit wirkungsvoll den Schutz der Artenvielfalt.	Hier müssen die Inhalte gemeinsam mit den Lobbyverbänden ausgearbeitet und dann beschlossen werden.

Naturschutzgebiete sind die Schmuckstücke unserer Natur und sollten besonders geschützt und gepflegt werden. Während unter dem früheren Minister Vetter viele Naturschutzgebiete ausgewiesen wurden, findet dies leider heute nicht mehr statt. Viele Naturschutzgebiete werden außerdem nicht mehr gut betreut.

Werden Sie sich für Zielvorgaben in allen Regierungsbezirken einsetzen, damit die bestehenden **Naturschutzgebiete besser gepflegt und vergrößert**, neue Schutzgebiete ausgewiesen werden und die oberste Naturschutzbehörde dies nachhaltig unterstützt?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
Mit einer Novelle des Landesnaturschutzgesetzes möchte die CDU den Verbrauch landwirtschaftlich genutzter Flächen für den Naturschutzausgleich verringern, in dem wir langfristige Pflegeverträge in gefährdeten Biotopen wie Streuobstwiesen zum Naturschutzausgleich zulassen. Wir werden einen Naturschutzbonus einführen. Damit die Umsetzung von Schutzgebieten als Anreiz und nicht als Belastung betrachtet wird, muss für ausgewiesene Schutzgebiete ein Flächenfaktor als Anreiz in der Finanzausgleichsmasse A eingeführt werden.	Ja, die gute Pflege, Vergrößerung und Neuausweisung von Naturschutzgebieten ist mir ein sehr wichtiges Anliegen. Hierfür habe ich mich auch im Rahmen meiner bisherigen kommunalpolitischen Tätigkeit eingesetzt. Auch auf Landesebene müssen wir hier sukzessive weiter vorankommen.	Wir wollen mehr Naturschutzgebiete ausweisen, noch wichtiger aber ist das Management der bestehenden Schutzgebiete, insbesondere auch der FFH- und Natura-2000-Gebiete. Den Nationalpark wollen wir weiterentwickeln und im Einklang mit den betroffenen Gemeinden arrondieren und vergrößern. Zugleich wollen wir mehr Wald aus der Nutzung nehmen und zu Schon- und Bannwald erklären, während der genutzte Wald zugleich naturnäher werden soll. Unsere Naturschutzpolitik der letzten Jahre hat belegt, dass wir diesen Weg gehen.	Die bessere Pflege ist unablässig. Der Ausbau muss geprüft werden. Dort wo es geht, sollte der Ausbau sofort umgesetzt werden und, ja, dafür setze ich mich mit Ihrer Unterstützung sehr gerne ein.

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Das **neue Jagdrecht** birgt aus Sicht des NABU wichtige Fortschritte im Tier- und Naturschutz, wie das Fütterungsverbot, das Verbot der Fallenjagd und die Einführung einer Wildruhe.

Setzen Sie sich für eine konsequente Umsetzung des neuen Landesjagd- und Wildtiermanagementgesetzes ein?

<p>Bettina Meier-Augenstein - CDU</p> <p>Die Jagd leistet eine wichtige Aufgabe im Natur- und Artenschutz. Die Novellierung des Jagdgesetzes stellt das Verantwortungsbewusstsein von Jägerinnen und Jägern sowie den Grundeigentümern in dieser Thematik in Frage. Das neue Jagdgesetz hat für viel Unruhe gesorgt. Deshalb werden wir eine Novelle des Landesjagdgesetzes innerhalb des ersten Jahres einer CDU-geführten Landesregierung anstreben. Die CDU will zur Befriedung bei Streitigkeiten und zur Erleichterung gütlicher Einigungen eine Wiedereinführung des behördlichen Vorverfahrens bei der Wildschadensregulierung, eine Aufhebung der Verbote der Fütterung und bestimmter Jagdarten sowie die Jagdruhezeiten wieder aufheben.</p>	<p>Bettina Lisbach - Grüne</p> <p>Ja. Das neue Jagdrecht bringt für den Tier- und für den Naturschutz wichtige Verbesserungen mit sich. Selbstverständlich setze ich mich nun auch für dessen konsequente Umsetzung ein.</p>	<p>Johannes Stober - SPD</p> <p>Das neue Landesjagdgesetz ist das modernste Jagdgesetz Deutschlands und wir wollen es beibehalten, da es alle Interessen der verschiedensten Beteiligten aus Jagd, Land- und Forstwirtschaft, Eigentümern, Kommunen, Umwelt-, Natur- und Tierschutz ausgleichend berücksichtigt. Sinnvoll ist aber sicherlich eine Evaluation hinsichtlich der Erreichung der Ziele des Gesetzes in einigen Jahren, um gegebenenfalls mit einer behutsamen Novellierung Nachjustierungen auf Basis von Wissenschaft und Erfahrungen vornehmen zu können. Dies betrifft jedoch alle wesentlichen Ziele, wie die hinreichend effektive Bejagung von Schwarz- und Rotwild sowie Neozoen, Tierschutzaspekte, die Handhabbarkeit des Wildschadensausgleichs, um nur einige der umstrittenen Aspekte zu nennen.</p>	<p>Hendrik Dörr - FDP</p> <p>Nein. Die FDP sieht die Jäger als wichtigen Teil des Naturschutzes an. Zusätzlich übernimmt diese Zunft viele Aufgaben, die ansonsten kostenpflichtig in den Kommunen bzw. direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern lägen. Die Novelle des Jagdgesetzes gänzelt aus unserer Sicht die Jäger zu sehr und wird daher von unserer Seite entschärft und nicht im begonnenen Sinne weiterentwickelt.</p>
--	--	---	--

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Die Fachplanungen zum **landesweiten Biotopverbund** und der **Generalwildwegeplan** sind zusammenzuführen und im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen verbindlich zu sichern.

Werden Sie diese Maßnahme unterstützen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Die Vernetzung von Biotop-Inseln, wie sie beispielsweise beim Alt- und Totholzkonzept umgesetzt ist, bildet dabei eine Möglichkeit, Nutzung der Fläche und Schutz auf den Flächen zu verbinden. Damit ist es möglich, kleinräumige Habitats unterschiedlicher Ausprägung zu vernetzen. Wir wollen aber auch Lebensräume von Arten erhalten, die erst durch die Bewirtschaftung der Flächen entstanden sind und ermöglicht wurden.</p>	<p>Die Stärkung eines landesweiten Biotopverbundsystems, unterstützt auch durch großräumige Wildwegekorridore zur Förderung von Wildkatze, Wolf und vielen anderen Arten ist mir ein wichtiges Anliegen. Die grün geführte Landesregierung hat den Biotopverbund im neuen Naturschutzgesetz verankert. Hierbei wurde festgelegt, dass 10 % der Fläche für den Biotopverbund zu sichern und zu entwickeln sind. Nun muss konkret definiert werden, wo diese Flächen liegen und welche Maßnahmen zur Realisierung eines flächendeckenden Biotopverbundes erforderlich sind. Dies muss im Landesentwicklungsplan und anschließend in den Regionalplänen verankert werden. Dafür setze ich mich auch heute schon als langjähriges Mitglied in der Verbandsversammlung der Region Mittlerer Oberrhein ein.</p>	<p>In jedem Fall müssen Generalwildwegeplan und Biotopverbund eng aufeinander abgestimmt sein, da beide wichtige Biotopverbindungen beinhalten. Im Zuge der Überprüfung der Verwaltungsstrukturen in der Wildtierforschung und im Naturschutz werden wir auch prüfen, inwieweit eine Zusammenfassung dieser beiden Fachplanungen sinnvoll ist.</p>	<p>Ja. Der Schutz von Wildwanderungen ist wichtig. Wir werden einen Plan hierzu aufsetzen. Es ist wichtig, dass neben dem notwendigen Ausbau der Infrastruktur in BW auch die Vereinbarkeit mit der Natur gegeben ist.</p>

C Naturverträgliche Landwirtschaft

Eine **naturverträgliche Landwirtschaft** ist eine wichtige Voraussetzung für die Biologische Vielfalt, für den Schutz von Wasser, Boden und Klima und auch für unsere Gesundheit. Mit dem Maßnahmen- und Entwicklungsplan **Ländlicher Raum III** hat die Landesregierung die Fördermittel zwar in die richtige Richtung gelenkt, doch dies genügt nicht, um die **Intensivierung der Landwirtschaft aufzuhalten oder umzukehren**.

Die **artenreichen Streuobstwiesen** fallen leider allzu oft Siedlungserweiterungen zum Opfer, ohne dass ein adäquater Ausgleich geschaffen und erhalten werden muss.

Wie wollen Sie sich für eine **gesetzliche Unterschutzstellung** von Streuobstwiesen einsetzen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Vorgaben des Ordnungsrechts in diesem Bereich halten wir nicht für Ziel führend und mit Blick auf die erfreulicherweise noch immer sehr umfangreichen Streuobstkulturen in BadenWürttemberg auch in einem möglichen Vollzug für nicht praktikabel. Wir setzen vielmehr beim Schutz und Erhalt unserer Streuobstwiesen, wie überhaupt insgesamt im Naturschutz, zuvörderst auf Anreize und freiwillige Maßnahmen, die die Eigentümer der betroffenen Flächen mitnehmen, statt ihnen dirigistische Vorgaben zu machen. Letzteres könnte für den Naturschutzgedanken sogar im Ergebnis kontraproduktiv sein.</p>	<p>Der Erhalt und Schutz von Streuobstwiesen ist mir ein sehr wichtiges Anliegen, für das ich mich bereits im Rahmen meiner Gemeinderatsarbeit vielfach eingesetzt habe. Auf Landesebene wurde in den letzten Jahren eine Streuobstkonzeption erarbeitet, die bereits in vielfältiger Hinsicht Wirkung in der Fläche zeigt (z.B. Baumschnittprämie, die sehr gut angenommen wird). Eine Weiterentwicklung dieses Konzeptes sowie weitere Förderprogramme halte ich für sinnvoll und werde mich dafür einsetzen.</p> <p>Leider ist es bei Naturschutzgesetznovelle nicht gelungen, für Streuobstwiesen einen gesetzlichen Schutz zu verankern. Das Thema bleibt für uns aber auf der Agenda.</p> <p>Neben Schutzbemühungen für Streuobstwiesen an sich ist aber auch ein sparsamer Umgang mit Flächen zum Erhalt der Streuobstbestände in Baden-Württemberg wichtig. Neue Baugebiete sollten deshalb nur bei nachweisbarem Bedarf ausgewiesen werden.</p>	<p>Gerade weil Baden-Württemberg über die größten und bedeutendsten Streuobstbestände Europas verfügt, hat eine gesetzliche Unterschutzstellung wenig Sinn, diesen Weg wählen Länder mit viel kleineren Flächen. Wir haben jedoch mit der neuen Baumschnittprämie und einem Fördervolumen von mehreren Mio. € dafür gesorgt, dass die Streuobstwiesen auch wieder gepflegt und wertgeschätzt werden. Die hohe Akzeptanz und Nachfrage zu diesem Programm zeigt, dass dies der richtige Weg ist. Um künftig besonders wertvolle Streuobstbestände noch sicherer erhalten zu können, erfolgt zurzeit ein Monitoring der Streuobstbestände im Land.</p>	<p>Streuobstwiesen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Natur. Es ist wichtig, diese auch zu schützen. Allzu oft geraten wir hier in Interessenskonflikte. Einerseits benötigen wir Flächen für den Wohnungsbau und für Siedlungen, andererseits gelten gerade die Streuobstflächen als sehr schützenswert. Dort wo eine Bebauung mit einer „Bannmeile“ zu den Streuobstwiesen möglich ist, sollte diese eingehalten werden. In direktem Vergleich „Streuobst“ oder „Wohnungsmangel“ tendiere ich dazu, den Wohnungsmangel zu beheben.</p>

Gerade in Agrarökosystemen schwindet dramatisch die **biologische Vielfalt**.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein **Aktionsprogramm zur Förderung der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft** erstellt und umgesetzt wird?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Die Orientierung am christlichen Menschenbild und die Bewahrung der Schöpfung ist für die CDU Maßstab ihres Handelns. Deshalb ist das Ziel unserer Politik eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich arbeitet, die aber gleichzeitig umweltfreundlich ist, dabei Tier- und Naturschutz beachtet und weiter entwickelt. Das sehen wir als Grundsatz und Aufgabe für die konventionelle wie für die ökologische Wirtschaftsweise gleichermaßen.</p>	<p>Dafür bin ich grundsätzlich offen, war mit dieser Frage bisher aber noch nicht im Detail befasst.</p>	<p>Mit dem Programm FAKT und der Landschaftspflegerichtlinie implementieren wir die Bemühungen um Artenvielfalt sehr wirkungsvoll in die Agrarpolitik. Mit einigen Modulen wird dabei direkt der Erhalt der Artenvielfalt gefördert. Auch der verbreiterte Gewässerrandstreifen von 10 Metern und der neue Grünlandschutz flankiert diese Bemühungen. Die Landschaftserhaltungsverbände erreichen darüber hinaus durch Umsetzung von Naturschutz- und Landschaftspflegeprogrammen, dass die Landwirtschaft diese Ziele auch tatsächlich annimmt und umsetzt. Ein neues eigenes Aktionsprogramm würde diese Bemühungen nicht verbessern, da dann zuviel parallel über verschiedene Kanäle gefördert und geregelt würde.</p>	<p>Die Landwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Zum 1. April 2015 ist die Milchquote ausgelaufen, die seit April 1984 die Produktionsmengen im europäischen Binnenmarkt steuern sollte. Damit verabschiedet sich die Landwirtschaft in der Europäischen Union (EU) von einem zentralen planwirtschaftlichen Instrument. Das Ende der Europäischen Zuckermarktordnung wird voraussichtlich 2017 folgen. Ihren ursprünglichen Zweck, Preisentwicklungen zu glätten und landwirtschaftliche Einkommen zu stabilisieren, haben die planwirtschaftlichen Mengensteuerungen angesichts von Schwankungen des Milchpreises um bis zu 25 Cent je Kilogramm niemals erfüllt. Stattdessen haben die europäischen Quoten gesunde Reaktionen des Marktes auf Knappheitssignale und Überangebote verhindert. Gleichzeitig stellt die zunehmende Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen und deren drastischen Schwankungen eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer in Baden-Württemberg dar. Hoch volatile Preise, wie etwa die zeitweilig um bis zu 50 Prozent eingebrochenen Notierungen für Milcherzeugnisse auf der internationalen Handelsplattform Global Dairy Trade, gehören zur Tagesordnung und machen ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches und vorausschauendes Wirtschaften zusehends schwerer. Es bedarf deshalb neuer marktkonformer Instrumente, um den landwirtschaftlichen Unternehmern innerhalb dieser wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Chancen zu ermöglichen! All diese Forderungen sind nötig, um die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, die Biodiversität zu erhalten und zu fördern.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Die in der konventionellen Landwirtschaft massenhaft eingesetzten **Pflanzenschutzmittel** sind hauptverantwortlich für den Rückgang der Insektenbiomasse und damit für das flächendeckende Verschwinden insektenfressender Vogelarten.

Sind Sie dafür, den **Pestizideinsatz in der Landwirtschaft** bis 2020 **um 50 % drastisch zu reduzieren** indem ein Landesprogramm zur Pestizidreduktion erarbeitet und behördliche Strukturen zur Überwachung der gesetzlichen Vorgaben auf- und ausgebaut werden?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln muss es darum gehen, dass bei aller Berechtigung des Vorsorgegedankens effektiver Pflanzenschutz tatsächlich möglich bleibt. Die aktuelle Diskussion um den Wirkstoff Glyphosat zeigt aus unserer Sicht eine bedenkliche Tendenz, das Verbot des Einsatzes bestimmter Stoffe zu fordern, ohne dass hierzu wirklich gesicherte wissenschaftliche Grundlagen vorliegen.</p>	<p>Neben ihrer Gesundheitsgefährdung tragen Pestizide auch wesentlich zum Rückgang der Artenvielfalt bei. Grünes Ziel ist deshalb, den Pestizideinsatz auch in der Landwirtschaft sukzessive und nachhaltig zu reduzieren. Aus diesem Grund trete ich vor allem für eine weitere Förderung der biologischen Landwirtschaft ein. Für ein Landesprogramm zur Pestizidreduktion bin ich offen.</p>	<p>Wir wollen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft verringern. Dazu bedarf es vor allem der Forschung, daneben fördern wir auch verstärkt den biologischen Landbau. Auch mit unserer Agrarpolitik (vor allem das Programm FAKT) senken wir gezielt den Pflanzenschutzmitteleinsatz auch in der konventionellen Landwirtschaft. Die Forschung betreiben wir an unseren Universitäten ebenso wie in unseren Landesanstalten. Pestizide können aber auch immer nur dann komplett verboten werden, wenn brauchbare Alternativen für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen.</p>	<p>Die Überwachungsstruktur ist stets eine Frage, welcher Einsatz, welche Mittel und wie das Ergebnis ausschaut; aber, ja, eine Reduktion der Pestizideinsätze ist dringend notwendig!</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Sind Sie für ein Verbot besonders gefährlicher Pestizide (Neonicotinoide, Glyphosat) im Freiland?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
Zur Forderung nach einem Verbot des Einsatzes von glyphosat-haltigen Wirkstoffen auf Landesflächen möchten wir festhalten, dass erst im vergangenen Jahr alle zuständigen deutschen Bewertungsbehörden in einem Fachgespräch des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft auf Bundesebene die Unbedenklichkeit von Glyphosat bestätigt haben. Ein Verbot dieses seit Jahrzehnten bewährten und für die Landwirtschaft grundlegenden Wirkstoffs allein aufgrund der jüngsten punktuellen Entwicklung halten wir für verfehlt. Die neue Bewertung von Glyphosat durch eine Unterorganisation der WHO steht im Widerspruch zu den Ergebnissen zahlreicher nationaler und internationaler Bewertungsbehörden. Deshalb reicht sie nach unserer Überzeugung nicht als Grund für ein Verbot aus.	Bei Glyphosat und Neonicotinoiden gilt, wie überall in der Umweltpolitik, das Vorsorgeprinzip. Gesundheit und eine intakte Umwelt haben höchste Priorität. Die Weltgesundheitsorganisation hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Neonicotinoide werden mit dem weltweit sehr bedrohlichen Bienensterben in Verbindung gebracht. Deshalb unterstütze ich die Forderungen nach einem Verbot besonders gefährlicher Pestizide. Es müssen dringend geeignete Ersatzmittel gefunden werden, so dass auf den Einsatz gefährlicher Pestizide ganz verzichtet werden kann.	Unvermeidlich tauchen Pestizide, die wir massenhaft über die Landbewirtschaftung ausbringen, in unserem Essen oder im Grundwasser als Giftstoffe wieder auf, wie die jüngsten Messergebnisse beim Bier gezeigt haben. Wir wollen deshalb ihren Einsatz zurückdrängen und baldmöglichst auch verbieten (s.a. Antwort zur letzten Frage).	Ja.

Würden Sie eine **Bundesratsinitiative zum Verbot besonders gefährlicher Pestizide wie Glyphosat und Neonicotinoide** unterstützen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
siehe Antwort vorige Frage	Ja, eine solche Bundesratsinitiative würde ich unterstützen. Dies käme dem Schutz von Mensch, Umwelt und Natur zugute und wäre eine wichtige Maßnahme, um dem aus ökologischer Sicht bedrohlichen Bienen-völkersterben entgegenzuwirken.	Ja, wenn dieselbe Initiative auch Alternativen und hinreichende Übergangsfristen aufzeigt.	Ja.

D Lebensmittel „Ohne Gentechnik“

Die in der letzten Legislaturperiode von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen betreffen ein **Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen**, nicht jedoch die Umsetzung auf tierische Lebensmittel.

Unterstützen Sie die Forderung, beim Qualitätszeichen Baden-Württemberg den Standard „**Ohne Gentechnik**“ **auch bei Rind- und Schweinefleisch sowie bei Milch** einzuführen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
Die landwirtschaftliche Produktion in Baden-Württemberg arbeitet ohne Gentechnik. Die Sorgen der Menschen nehmen wir ernst. Mit Blick auf die Entwicklung der Gentechnik weltweit, wie bspw. in der Medizin, sehen wir es als wichtig und richtig an, die Forschung im Bereich der Gentechnik in Baden-Württemberg weiterhin zu ermöglichen.	Ja, das unterstütze ich.	Wir haben das Qualitätszeichen Baden-Württemberg weiterentwickelt und schrittweise gentechnikfrei gemacht. Spätestens ab dem 31.12.2017 sollen alle Produkte der Bereiche Milch und Milchprodukte, Rind und Schwein die Anforderungen an die Kennzeichnung "Ohne Gentechnik" erfüllen.	Ja. Ich unterstütze diese Forderung sehr. Wir begeben uns hier stets in einen Zwiespalt. Es gibt Möglichkeiten ggf. sogar mit der Gen-Forschung einen Teil des Welthungers zu stillen – auch dies würde ich begrüßen. Allerdings sehe ich in keiner Weise, dass wir in BW auf diese Techniken angewiesen werden. Daher sollte für uns das Gebot der Stunde die Gentechnikfreiheit bleiben.

E Nachhaltige Wald- und Holzwirtschaft

Ziel einer **nachhaltigen Waldpolitik** ist es, eine **Holznutzung** mit den **Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes** zu verbinden.

Die Gesamtkonzeption „Waldnaturschutz“ der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, bis 2020 auf **zehn Prozent der Staatswaldflächen Prozessschutzflächen** einzurichten, davon mindestens **drei Prozent Bannwald** (derzeit ca. 0,5 %). Unterstützen Sie dieses Ziel?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>In Baden-Württemberg werden seit Jahrzehnten die Ziele der Waldbewirtschaftung mit den Zielen des Umwelt- und Naturschutzes verknüpft. Beide Bereiche bilden die Grundlage der forstlichen Nachhaltigkeit in unserem Land. Ein wesentliches Element bilden hierbei die Prozessschutzflächen, wie sie als Bannwälder seit langem eingeführt und bekannt sind. Die CDU unterstützt die Forderung, weitere 33.000 ha Landeswald unter Schutz zu stellen und sich selbst zu überlassen. Überdies unterstützen wir die Strategie des Alt- und Totholzkonzepts, wie es seit den 90er Jahren in Baden-Württemberg umgesetzt wird. Zu unserem Konzept gehört jedoch auch, eine naturnahe Waldbewirtschaftung auf den verbleibenden Flächen zu fördern, dies mit dem Ziel, regionale Kreisläufe in der Forst- und Holzwirtschaft zu stärken. Gerade vor dem Hintergrund der großen Chancen, die der natürliche Rohstoff Holz sowohl im Hinblick auf das Bauen als auch im Rahmen seiner energetischen Einsatzmöglichkeiten bietet, halten wir es für falsch, immer mehr Holz aus anderen Ländern importieren zu müssen und die eigene Waldbewirtschaftung über ein gewisses Maß hinaus fortlaufend einzuschränken.</p>	<p>Ja, auf jeden Fall.</p>	<p>Wir unterstützen dieses Ziel nicht nur, es war unser Ziel schon im Regierungsprogramm 2011 und nun wieder 2016, mehr Wald aus der Nutzung zu nehmen und zu Bann- und Schonwald zu erklären.</p>	<p>Wenn wir die Bereiche des „Waldnaturschutz“ so beibehalten, wie bisher eingeführt, dann ja, absolut, denn ansonsten wäre die Beibehaltung ad absurdum.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die **Einheitsforstämter erhalten** und die Staatsforstverwaltung personell und finanziell gestärkt wird?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Alle Bestrebungen der CDU - auch mit Blick auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bund - gehen dahin, ein staatliches Reviersystem mit den Dienstleistungs- und Beratungsangeboten für alle Waldbesitzarten zu erhalten. Das bewährte System der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen wollen wir in Bereichen, in denen dies von den Waldbesitzern mitgetragen wird, stärken und mit mehr Verantwortung ausstatten. Wichtig ist uns eine höhere Flexibilität beim Leistungsangebot von Forstdienstleistern. Gleichzeitig stehen wir für den Erhalt der hoheitlichen und schlicht hoheitlichen Aufgaben der Forstverwaltung. Grundlage für die Forstwirtschaft im Land muss eine landesweit gleichwertige Forsteinrichtung aus einer Hand sein. Ob und mit welcher Zielstellung eine Novelle des Landeswaldgesetzes angegangen wird, hängt nicht zuletzt auch von Ausgang des Kartellverfahrens ab. In diesem Zusammenhang wird zu prüfen sein, inwieweit den Vorgaben des § 49 LNatSchG n.F. entsprechende Regelungen angezeigt sind.</p>	<p>Ja, das werde ich.</p>	<p>Das von der Sägeindustrie angestrenzte Kartellverfahren lässt leider nicht mehr zu, dass Einheitsforstämter alle Waldbesitzarten gleichermaßen und flächendeckend berät und betreut. Wir werden aber eine Umstellung der Forstverwaltung und des Landesforstbetriebes nur so zulassen, dass weiterhin alle Waldbesitzarten auf irgendeine Weise möglichst viele gute Beratungs- und Betreuungsangebote wahrnehmen können. Wir werden die Forstverwaltung auch so ausstatten, dass die diese Aufgaben wahrnehmen kann.</p>	<p>Nein, wir haben dies damals nicht mitgetragen und sind weiterhin der Überzeugung, dass diese Einrichtung der falsche Weg war.</p>

F Weiterentwicklung der Naturschutzverwaltung

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurden der **Naturschutzhaushalt aufgestockt** und die **Landschaftserhaltungsverbände in der Fläche gegründet** sowie mit Personal ausgestattet.

Sind Sie dafür, die **Naturschutzverwaltungen personell zu stärken** und entlang der gesetzlichen Anforderungen und der Ziele der Naturschutzstrategie weiter zu entwickeln, Doppelstrukturen mit der Flurneuordnungs-, Forst- und Landwirtschaftsverwaltung sowie der Wasserwirtschaftsverwaltung abzubauen und Zuständigkeiten, Personal- und Sachmittel konsequent in die Naturschutzverwaltung zu überführen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Die Naturschutzverwaltung braucht eine ihrer Aufgaben angemessene Personalausstattung, gerade auch um die bestehenden Schutzgebiete zu erhalten und fortentwickeln zu können. Neben dem Erreichen der Schutzziele und dem Management der Schutzgebiete steht dabei auch die enge Kooperation mit den unterschiedlichen Fachverwaltungen in den Bereichen der Landschaftsplanung, Bau, Infrastruktur und Verkehr aber auch mit den relevanten Feldern der Energiewirtschaft, der Wirtschaft, und insbesondere der Forst- und Landwirtschaft sowie der Tourismuswirtschaft im Fokus.</p>	<p>Mit derartigen Fragen bin ich bisher noch nicht im Detail befasst. Grundsätzlich bin ich offen für eine Stärkung der Naturschutzverwaltung und für eine Aufgabenkritik, die mögliche Doppelstrukturen beleuchtet.</p>	<p>Wir haben in der ablaufenden Wahlperiode die Mittel für den Naturschutz von 30 auf 60 Mio. Euro verdoppelt, insbesondere auch , um die personelle Verstärkung zu ermöglichen (ihr Frage doppelt sich da leider mit einer Frage oben...)</p> <p>Dabei wollen wir auch Parallelstrukturen minimieren, die es zur Zeit insbesondere in der Wildtierforschung, aber auch im Naturschutz in Wald und Forst gibt. Ob dies immer in einer Zusammenführung in der Naturschutzbehörde münden muss, muss ein transparenter und ergebnisoffener Prozess gemeinsam mit den Betroffenen und den einschlägigen Verbänden erweisen.</p>	<p>Doppelstrukturen dürfen nicht als „geschützte Art“ behandelt werden, sondern gehören abgeschafft. Daher sollte hier das Konzept in Zusammenarbeit mit der Naturschutzverwaltung angegangen und ggf. reformiert werden.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Für jeden Eingriff in die Natur muss ein **Ausgleich** geschaffen werden. Landauf, landab sollte es abertausende Ausgleichsflächen geben. Doch viele sind in Vergessenheit geraten, sind schlecht gepflegt oder zerstört – obwohl dies unzulässig ist. Der NABU möchte den Aufbau eines benutzerfreundlichen Katasters für bau- und naturschutzrechtlich existierende und neue Ausgleichsflächen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass das Land ein einheitliches und bürgerfreundliches Kataster für alle vorhandenen und neuen Ausgleichsflächen aufbaut?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Die Schaffung eines solchen Katasters wäre für den Fall der Übernahme der Regierungsverantwortung zu prüfen. Dabei muss aber gelten, dass Aufwand und potentieller Nutzen bei Einrichtung des Katasters in einem vernünftigen Verhältnis stehen müssen, da die Finanzierung aus Mitteln des Naturschutzes erfolgte, die dann ggf. an anderer Stelle für konkrete Projekte fehlen.</p>	<p>Ja, dafür setze ich mich ein und weise darauf hin, dass die Naturschutzgesetznovelle 2015 hier bereits wichtige Verbesserungen gebracht (siehe § 18)</p>	<p>Wir halten die Umsetzung des Naturschutzgesetzes im Bereich der Ausgleichsmaßnahmen für mangelhaft. Ausgleichsflächen werden oft nicht ordnungsgemäß geschaffen oder auch danach wieder vernachlässigt und zunichte gemacht. Wir wollen deshalb das Monitoring und die Kontrollen in diesem Bereich spürbar verstärken. Das von Ihnen vorgeschlagene Kataster kann dazu ein geeigneter Schritt sein.</p>	<p>Ja, so ich Sie bei dieser Formulierung zitieren darf: „benutzerfreundlichen Katasters“. Es ist an dieser Stelle wichtig, dass wir die gesetzlichen Richtlinien einhalten und keine Kataster entwickeln, die Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen. Zusätzlich sollten hier die privaten Umweltbüros eingebunden werden.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Themenbereich: TTIP, CETA und TiSA

zusammengestellt vom Netzwerk Eine Welt und von attac

Bei TTIP, CETA und TiSA geht es nur vordergründig um technische Standards wie Rücklichter oder einheitliche Prüfverfahren, wie z.B. die Autolobby immer wieder erzählt. Dies zu ändern braucht es keine völkerrechtlichen Verträge wie CETA, TTIP oder sonstige Freihandelsverträge.

In Wirklichkeit geht es um **Gesellschaftliche Standards**, die nach unserem Demokratieverständnis nicht verhandelbar sind.

- Wollen wir mehr oder weniger Umwelt- und Verbraucherschutz?
- Wollen wir wissen, was wir essen?
- Wollen wir mehr oder weniger Arbeitnehmerrechte?
- Wollen wir wirklich eine Energiewende und unsere Klimaziele erreichen?
- Wollen wir noch mehr Privatisierung und den Ausverkauf öffentlicher Güter?
- Wollen wir künftig von Konzernen regiert werden?

Genau darum geht es eigentlich!

Im Moment herrscht bei uns noch im Wesentlichen das **Subsidiaritätsprinzip**. Dies ist bewährte Praxis für föderale Staaten wie die Bundesrepublik. Es ist auch zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft.

So sollen beispielsweise Maßnahmen, die eine Gemeinde betreffen und von ihr eigenständig bewältigt werden können, in der Gemeinde beschlossen werden. Gleiches gilt für die Länder und Staaten. Dem entgegen stehen die beabsichtigte „**Regulatorische Kooperation**“ (**Abschnitt 26, X 1 ff**) ebenso wie die trotz anderslautender Verlautbarungen weiterhin angestrebten **privaten Schiedsgerichte (Abschnitt 4 Artikel X9 ff. und Abschnitt 6 X 17 ff.)**

Das geplante **TiSA** ist ein Angriff auf das öffentliche Interesse, denn es stellt nicht sicher, dass ausländische Investitionen in Dienstleistungssektoren tatsächlich öffentliche Ziele und nachhaltige Volkswirtschaften fördern. Besonderes Misstrauen hegen wir im Hinblick auf eine weitere Aushöhlung lebenswichtiger Dienste wie Gesundheitswesen und Sozialversicherung, Wasser- und Energieversorgung, Postdienste, Bildung, öffentlicher Personennahverkehr, Abwasserentsorgung und andere Dienste, wenn diese Dienste privaten, ausländischen Konzernen überlassen werden, deren einzige Motivation der Gewinn ist und die nur denen zur Verfügung stehen, die Marktpreise zahlen können. Aus diesem Grund dürfen solche lebenswichtigen Dienste – einschließlich solcher, die in einer öffentlich-privaten Mischform arbeiten, mit privaten Dienstleistern konkurrieren oder eine Gebühr erheben – nicht Gegenstand von hinter verschlossenen Türen und ohne Rechenschaftspflicht ablaufenden Handelsverhandlungen sein. Hierzu zählt auch das TiSA.

Mit den völkerrechtlichen Verträgen wie CETA, TTIP oder TiSA würden wir unsere demokratischen Errungenschaften grundlos aus der Hand geben und uns einer marktkonformen, konzerngesteuerten Pseudo-Demokratie unterwerfen.

Und auch die Folgen für die Länder des globalen Südens sind gravierend:

Die eigentlich nötige Förderung bäuerlicher, umweltgerechter Landwirtschaft entsprechend dem Weltagrarbericht der UN wird nicht nur bei uns durch die Verträge unterlaufen.

Eine demokratisch gestaltete und begleitete Handelspolitik, die direkt die Betroffenen und aber auch zivilgesellschaftliche Gruppen, auch des Globalen Südens, aktiv einbezieht, rückt in noch weitere Ferne.

Die Karlsruher Aktiven von: ADFC - attac - BUND - BUZO - Carlo – Hardtwaldfreunde - Müll + Umwelt - Nabu - Naturfreunde - Netzwerk eine Welt - Netzwerk TERRA Energiewende - Oberrheinische Waldfreunde - VCD

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Eigentlich nötige regelmäßige menschenrechtliche, soziale und ökologische Folgeabschätzungen sind nicht Teil der Vertragswerke, obwohl sie auch in Bezug auf Folgewirkungen für den globalen Süden zwingend geboten wären.

Es ist abzusehen, dass die positiven Entwicklungen im Bereich der öffentlichen Beschaffung nach sozialen, ökologischen Kriterien zunichte gemacht werden, von denen etwa der Faire Handel profitiert.

Wollen Sie diese Verträge verhindern oder wollen Sie diesen zustimmen? Einen Zwischenweg gibt es nicht – Den Parlamenten ist nur ja oder nein möglich!

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>TTIP und CETA dürfen die hohen EU-Standards im Verbraucherschutz, bei der Lebensmittelsicherheit, im Umwelt- und Gesundheitsschutz nicht beeinträchtigen. Gefragt ist, die strengen Regeln zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel aufrecht zu erhalten. Wir begrüßen daher, dass sich die EU-Kommission hierzu verpflichtet hat und dies auch im Verhandlungsmandat als „rote Linie“ niedergelegt wurde. Eine Entscheidung über eine Zustimmung zu TTIP kann erst bei Vorliegen des endgültigen Verhandlungsergebnisses getroffen werden und muss im Lichte dieser Positionen erfolgen. Bei CETA konnte bspw. erreicht werden, dass die EU-Vorschriften für die Gentechnikprodukte weiterhin Geltung besitzen und kanadische Erzeugnisse nur dann in die EU eingeführt und verkauft werden dürfen, wenn sie vollständig im Einklang mit den europäischen Rechtsvorschriften stehen.</p>	<p>Ja, ich bin dafür, dass die baden-württembergische Landesregierung die Ratifikation des bereits veröffentlichten Vertragsentwurfs zum Freihandelsabkommen CETA im Bundesrat ablehnt. Außerdem bin ich dafür, dass die baden-württembergische Landesregierung sich dafür einsetzt, das Freihandelsabkommen TTIP auszusetzen und wenn, dann Verhandlungen nur auf der Basis eines geänderten EU Verhandlungsmandats mit „roten Linien“ und definierten „Bereichsausnahmen“ erneut aufzunehmen</p>	<p>Als Landtagsabgeordneter bin ich unmittelbar an der Zustimmung zu diesen Verträgen nicht beteiligt. Mittelbar wirke ich aber sehr wohl darauf hin, dass bundesdeutsche Mindeststandards im Umwelt-, Verbraucher-, Arbeits- und Datenschutz nicht abgesenkt werden. Es muss zudem sichergestellt werden, dass der Abschluss eines Freihandelsvertrages nicht die Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge nach sich zieht. Auch dürfen Kultur und Medien nicht Gegenstand eines solchen Vertrages werden. Eine private Paralleljustiz mit nicht-öffentlichen Schiedsgerichten lehne ich ab.</p> <p>Insgesamt liegt mir an größtmöglicher Transparenz schon im Vorfeld eines möglichen Abschlusses. Deshalb haben wir auf Landesebene einen TTIP-Beirat eingerichtet. Regulatorische Kooperationen, in denen nationale Gesetzesvorhaben mit den Vertragspartnern abgesprochen werden müssen, sind politischer Unfug.</p> <p>Davon unabhängig sollten meines Erachtens unter der genannten Maßgabe sämtliche über 100 bi- und multilateralen Freihandelsabkommen überarbeitet werden, die Deutschland oder die EU wirksam abgeschlossen haben. Die Rechtsfolgen sind bereits jetzt kaum mehr absehbar. Ziel muss es daher sein, unter einem gemeinsamen Dach wie der WTO gemeinsam mit den Entwicklungsländern den globalen Handel sozial- und umweltförderlich (statt nur -verträglich) zu gestalten.</p>	<p>Zustimmen. Die von Ihnen vorangestellten Thesen entsprechen nicht der Wahrheit; lesen Sie hierzu, was die EU klarstellt bzgl. der nicht verhandelbaren Inhalte im Bereich des öffentlichen Diensts:</p> <p>http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1128&serie=793&langId=de</p> <p>Wenn also (wie im Link beschrieben) die Daseinsvorsorge ausgeklammert ist, so ist eine Zustimmung möglich.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Soll es aus Ihrer Sicht ein Ziel der Landesregierung sein, der **Umsetzung der Sustainable Development Goals der UN (Nachhaltige Entwicklungsziele, SDG)** auf Landesebene besondere Aufmerksamkeit zu widmen und die Zivilgesellschaft an der Umsetzung dieser Ziele zu beteiligen und befürworten Sie eine **Integration der SDG in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes**? Wenn ja, wie stellen Sie sich die zu beiden Punkten nötigen Schritte im Einzelnen vor?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg wurde bereits 2007 von der damaligen CDU-geführten Landesregierung ins Leben gerufen. Baden-Württemberg hatte damit eine Vorreiterrolle inne. Eine Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie wird grundsätzlich begrüßt.</p>	<p>Baden-Württemberg hat bereits 2013 entwicklungs-politische Leitlinien beschlossen, mit denen es entwicklungspolitische Verantwortung übernimmt und dabei auch das zivilgesellschaftliche Engagement in besonderer Weise unterstützt. Natürlich gibt es enge eine Verzahnung zwischen der Nachhaltigkeitsstrategie und entwicklungspolitischen Zielen. Ich werde mich, wenn ich in den Landtag gewählt werden, für eine weitere Stärkung dieser Themenfelder einsetzen</p>	<p>Die seit dem 1. Januar 2016 in Kraft getretenen Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen ist für die grün-rote Regierungskoalition handlungsleitend. Wir haben eine ressort-übergreifende Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die auf einer führenden Rolle der Kommunen aufsetzt. Denn globale Entwicklungsprogramme sind ohne ihre Umsetzung auf lokaler Ebene wertlos. Das weiß auch die Zivilgesellschaft. Weshalb wir ihre Expertise schätzen und sie bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen.</p> <p>Auf Landesebene haben wir den Schwerpunkt gelegt auf entwicklungspolitische Bildungsarbeit: Wir haben Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen im Bildungsplan verankert und Eine-Welt-Promotoren bereitgestellt. Credo der Sozialdemokratie ist es ja, dass der erste Schritt in eine gerechtere Gesellschaft der der Bildung ist; das gilt natürlich auch im Hinblick auf ein breites Verständnis (und Bündnis) für die Ziele Nachhaltiger Entwicklung.</p> <p>Da im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung die Konsum- und Produktionsweisen eine entscheidende Rolle spielen, haben wir darüber hinaus die Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit (WIN) für kleine und mittlere Unternehmen ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um eine Plattform für den Austausch zu nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion. Die Ansätze vorbildlicher Unternehmen werden hier ausgezeichnet und publik gemacht.</p>	<p>Ja, ich halte diese Ziele für unterstützenswert. Hierfür ist die Politik auf die Lobbyarbeit der Umweltverbände angewiesen. Die einzelnen Schritte sollten mit diesen gemeinsam erarbeitet werden.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Welche Ideen haben Sie bezüglich der weiteren Ausgestaltung der Landespartnerschaft mit Burundi?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Wir appellieren an die Konfliktparteien, sich für friedliche politische Auseinandersetzungen, gegen Gewalt und für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen, damit Burundi eine friedliche Zukunft hat und die solide Partnerschaft mit Baden-Württemberg weiter ausgebaut werden kann. Die Landesregierung soll sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für eine gewaltfreie Entwicklung und demokratische Wahlen in Burundi einzusetzen.</p>	<p>Im Moment sind die politische Lage und die Menschenrechtssituation in Burundi leider sehr problematisch. Wichtig ist, dass die Landespartnerschaft als „Graswurzelpartnerschaft“ unter enger Einbindung der Zivilgesellschaft gestaltet und an der Umsetzung der Sustainable Development Goals gearbeitet wird.</p> <p>Außerdem ist uns die Einbindung der Kommunen in die Ausgestaltung der Landespartnerschaft ein wichtiges Anliegen. Hierzu haben wir als Grüne Fraktion in den Karlsruher Gemeinderat auch bereits Initiativen eingebracht. Sobald es die politische Situation in Burundi zulässt, sollte dort eine Koordinierungsstelle für Partnerschaftsprojekte eingerichtet werden.</p>	<p>Die Landespartnerschaft mit Burundi hat die grün-rote Landesregierung im Mai 2014 offiziell geschlossen. Uns ist wichtig, dass in dem armen und vom Bürgerkrieg zerrütteten Land die Menschenrechte Einzug halten und die Demokratie gestärkt wird. Deshalb fördern wir vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen in Burundi – und werden das auch weiterhin tun.</p> <p>Zu den Menschenrechten zählt auch ein Recht auf Arbeit und die Würde, von dieser Arbeit auch leben zu können. Für Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit. Deshalb fördern wir in Burundi kleinbäuerliche Landwirtschaft und Fairen Handel. So kommt beispielsweise der „Baden-Württemberg Kaffee“ aus Burundi.</p>	<p>Burundi ist ein Beispiel für die Notwendigkeit von Fingerspitzengefühl und Diplomatie. Wir können nicht vor Ort Politik machen, die dort nicht hingehört oder schlimmer noch, die dortige Situation für unsere Politik nutzen. Es sind in den vergangenen Jahren viele Initiativen entstanden, die sich persönlich vor Ort engagieren. Diese gilt es zu unterstützen und in ihrer Arbeit zu fördern.</p>

Landtagswahl 2016 - Fragen der Karlsruher Umweltverbände an die Kandidatinnen und Kandidaten

Sind Sie bereit, sich deutlich dafür einzusetzen, dass die **Wahrung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten** entsprechend der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte als zwingende **Voraussetzung für die Gewährung von Unterstützung** im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung für das Land (wie Investitionsbeihilfen, Bürgschaften und Auslandsmesseprogramme) verankert wird? Und wenn ja, wie?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Auf die Achtung der Menschenrechte haben neben Staaten auch Wirtschaftsunternehmen einen erheblichen Einfluss. Zur Unternehmensverantwortung gehört es, angemessene Vorkehrungen zu treffen, um Menschenrechtsverletzungen innerhalb der unternehmerischen Einfluss-sphäre zu vermeiden. Ich bin grundsätzlich davon überzeugt, dass baden-württembergische Unternehmen sich dieser Verantwortung bewusst sind und auch danach handeln.</p>	<p>Grundsätzlich bin ich dazu bereit, möchte jedoch anmerken, dass Außenpolitik im eigentlichen Sinne Sache des Bundes und nicht des Landes ist. Über die Handlungsoptionen auf Landesebene können wir uns zu gegebener Zeit aber gerne austauschen, wenn ich in den Landtag gewählt werde.</p>	<p>Die SPD ist der festen Überzeugung, dass sich erfolgreiches wirtschaftliches Handeln und die Achtung sozialer und menschenrechtlicher Standards gegenseitig bedingen und stärken. Unternehmen sind kein (völker-) rechtsfreier Raum; auch sie sind seit 2011 zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet und müssen bei ihren Unternehmungen eine Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung vornehmen. (Erfahrungsgemäß ist eine verbindliche Prüfung zweckmäßiger als eine freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft.) Der Staat kontrolliert dies im Idealfall regelmäßig mit Umweltprüfungen und Arbeitsinspektionen.</p> <p>Programme zur Wirtschaftsförderung im Ausland müssen vor dem Hintergrund der – von der EU angenommenen – UN-Leitprinzipien von der Bundesregierung genauestens geprüft werden. Das kann ihr nur gelingen in einem erfolgreichen Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften.</p> <p>Für die Durchsetzung der Menschenrechte in der Wirtschaft ist es entscheidend, dass die Einrichtung von Beschwerde- und Klagestellen mit entsprechenden Vollmachten weiter voran gebracht wird. Parallel dazu sollte sich unbedingt ein nachhaltiger Dialog entwickeln mit den Sozialpartnern zu Berufsbildung, Arbeitsschutz oder Mindestlohn.</p>	<p>Auf dem letzten Landesparteitag stellte die Karlsruher FDP einen Antrag zur Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen. Es ging hier darum, an den ethisch-moralischen Auftrag zu erinnern. Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht darf nicht dem Profit untergeordnet werden. Neben den bestehenden Auflagen auf dem Deutschen Markt müssen mehr Aufklärungskampagnen gemacht werden, damit Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, was sie wirklich kaufen und somit auch Ware auslassen, die nicht nach ethischen Grundsätzen produziert wurde.</p>

Wie stehen Sie zu einer weiteren **Förderung nachhaltiger und fairer öffentlicher Beschaffung** und welche konkreten Förderinstrumente nachhaltiger Beschaffung würden Sie unterstützen?

Bettina Meier-Augenstein - CDU	Bettina Lisbach - Grüne	Johannes Stober - SPD	Hendrik Dörr - FDP
<p>Die Beschaffung von Liefer- und Dienstleistungen durch die Dienststellen der Landesverwaltung war bislang in der Beschaffungsanordnung (BAO) geregelt. Am 17. März 2015 hat der Ministerrat die Neufassung der BAO, die „Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge – VwV Beschaffung“, beschlossen. Die neue VwV Beschaffung soll einen Weg aufzeigen, wie die vielfältigen Anforderungen, Ziele und unterschiedlichen Interessen bei öffentlichen Beschaffungen rechtssicher umgesetzt werden können. Bei der öffentlichen Beschaffung sind insbesondere wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte zu beachten. Darüber hinaus hat aber auch das Thema Nachhaltigkeit einen großen und berechtigten Stellenwert bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Ich stehe einem solchen Vorhaben positiv gegenüber.</p>	<p>Die Förderung nachhaltiger und fairer öffentlicher Beschaffung ist mir ein wichtiges Anliegen. Das Land muss hier auch bei der eigenen Beschaffung eine wichtige Vorreiterrolle einnehmen.</p> <p>Im Rahmen der Novellierung der „Verwaltungsvorschrift Beschaffung“, die eine ökologische und sozial nachhaltige Vergabe der öffentlichen Hand regelt, haben sich die Grünen erfolgreich dafür eingesetzt, dass im Bereich „Verpflegung“ bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln und Getränken Anforderungen wie regional, gentechnikfrei, biologisch angebaut und fair gehandelt gestellt werden können.</p> <p>Außerdem können vom Land betriebene Kantinen in ihren Ausschreibungen Qualitätskriterien vorgeben, die o.g. Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass dies auch geschieht. Bei der Bewirtung von Veranstaltungen der Landesbehörden wird bereits heute großer Wert darauf gelegt, dass die Produkte aus fairem Handel oder aus regionalem Anbau kommen.</p>	<p>Die öffentliche Beschaffung ist mit etwa 19 Prozent am Bruttoinlandsprodukt von großer Bedeutung für die Wirtschaft. Wenn ausländische Anbieter Aufträge bei uns haben wollen, kann dies nur unter fairen Bedingungen geschehen. Wir müssen im Bereich der öffentlichen Beschaffung einerseits Druck auf die Länder aufbauen, die sich wie China nicht an internationale Regeln binden oder halten wollen – es muss sichergestellt sein, dass ausländische Anbieter fundamentale Sozial- und Umweltstandards einhalten. Andererseits muss die öffentliche Hand die durch ihren Konsum verursachten Klima- und Umweltschäden stetig reduzieren. Das Motto muss lauten: 'Beschaffe (energie-) sparsam und fair'.</p>	<p>Die öffentliche Beschaffung hat einen großen Anteil auf dem deutschen Markt. Darum sollte das öffentliche Beschaffungswesen überprüft und dessen Auswirkung auf Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft so weit als möglich optimiert werden, ohne dabei mit handelspolitischen Grundsätzen in Konflikt zu geraten.</p>